

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 30 \mathcal{M} ,
Bergnütigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 \mathcal{M} ,
Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{M} . Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zugung ist fern zu halten von:
Tischlern nach Alfeld a. d. L., Arnstadt i. Th., Apennarade, Lüneburg, Garmisch, Partenkirchen, Heidenau i. Sachf. (Wittner & Zimmermann), Krefeld, Lützenwalde (Möbelfabrik Rich. Münnich), Barel (Tischlerei Dietgen), Senftenberg i. d. N.-L., Sommerfeld, Emden;
Tischlern, Drechslern, Bildhauern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Wahrenth (Faust & Fröhlich), Badnang (H. Sorg's Möbelfabrik);
Bautischlern nach Solingen (Firma Stockeife & Berndt);
Drechslern nach Stolp i. Pomm. (Firma Gb. Becker), Fürth (Münch's Spiegelrahmenfabrik);
Modelltischlern nach Hamburg (Doose, Heß & Niffel und Klein-Ottenfen);
Parketbodenlegern nach Miesä, Leipzig, Frankfurt a. M.;
Polirern nach Blomberg (Stuhlfabrik Brede & Schwarz), Dresden, Rabenau, Berlin;
Polirern, Stuhl- und Sophabauern nach Leisnig (Firma Klingner & Kirsten), Einbeckhausen (Vormann);
Bürsten- und Pinselmachern nach Mülheim a. d. Ruhr und Berlin;
Pinselarbeitern und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Koenigsfeld'sche Pinselabrik);
Perlmutterarbeitern nach Berlin (Firma S. Abramowshy, Köpenickerstraße);
Korbmachern nach Stettin und Umgegend, Geesthacht (Berkstätte K. Dubber), Berlin und Umgegend, Mühlberg a. d. Elbe, Wolgast;
Tischlern und Parketbodenlegern nach Tübingen (Gustav Schmid);
Möbelpolirern, Möbeltischlern und Holzbearbeitungsmaschinisten nach Berlin.

Der Kampf unserer Kollegen in Berlin.

Was wir in letzter Nummer voraussehen, ist eingetreten. Die Unternehmerorganisation hat beschlossen, sämtliche Möbeltischler und 20 Prozent der Bautischler auszusperrten, um dadurch die Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Viele Meister sind dem Beschlusse, wenn auch murrend, nachgekommen, doch haben zugleich eine Anzahl Inhaber größerer Werkstätten erklärt, daß, wenn nächste, also diese Woche, die Sache von der Vereinigung der Holzindustriellen nicht geregelt sei, sie ihre Leute wieder einstellen würden. An eine Regelung ist nicht zu denken. Die Unternehmer haben eine Vergleichsverhandlung vor dem Einigungsamte abgelehnt, mit dem Bemerkten, „daß sie vorläufig keinerlei Interesse an einer Friedensvermittlung haben“.

Beschlossen wurde in einer Unternehmerversammlung: „Die Tischlermeister und Holzindustriellen verpflichten sich, die streikenden Arbeiter nicht eher wieder einzustellen, bis der Ausstand durch den Vorstand der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ auf der ganzen Linie beseitigt ist.“ Das heißt mit anderen Worten: die Inhaber der kleinen und größeren Werkstätten haben sich selbst eine Ruthe gebunden, mit der sie verdienstmäßig geächtet werden. Sie haben auf ihre Selbstständigkeit verzichtet und sich willenlos dem Scharfmacherthum untergeordnet, das es nun in der Hand hat, mit ihrer Existenz zu spielen wie mit einem Gummiball. Was sind Hunderte von Tischlermeistern, wenn in ihren Werkstätten die schaffenden Hände fehlen! Wie in Schmölln ein Kommerzienrath Donath, in München ein Kommerzienrath Laib und ein Millionär Pöffenbacher, so ist in Berlin ein mehrfacher Millionär Bry, ein Holzhändler (der seine Millionen zwar direkt aus den Taschen der Tischlermeister geschöpft, sie aber indirekt den Arbeitern zu danken hat), welcher sich zum Führer und Hezer der Scharfmacherstippe aufgeschwungen hat und zu dem die Tischlermeister wie zu einem Messias aufschauen, haben sie sich doch zu Ehren desselben „von

ihren Sitzen erhoben“. Wahrscheinlich hoffen die Tischlermeister von dem nach Profit lechzenden — pardon — menschlich fühlenden Herzen des reichen Holzhändlers, daß er ihnen nicht nur ihre Holzschulden schenken, sondern im laufenden Jahre das nöthige Holz auch noch gratis liefern wird. Da werden sich die Herren gewaltig schneiden, denn davon ist gar keine Rede; ist doch in einer Unternehmerversammlung nur von einer „erforderlichenfalls nothwendig werdenden Prolongirung der Holzschulden“ gesprochen. Darauf mögen sich die Tischlermeister verlassen, daß es dem Millionär Bry nur lieb sein kann, wenn in dem gegenwärtigen Lohnkampfe die „faulen Kunden“ verschwinden und er nur mit zahlungsfähigen Geschäftsinhabern zu thun hat.

Wollen sich die Berliner Tischlermeister dafür verbürgen, daß das Gegentheil der Fall ist? Die Zukunft wird es ihnen lehren, welchen „Freundschaftsdienst“ ihnen die Bry und Genossen zu leisten beabsichtigen. Doch kümmert uns das nur wenig. Einem Theil der Tischlermeister sind die Augen schon aufgegangen, hoffentlich früh genug, um dem wirtschaftlichen Ruin noch zu entgehen. Für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes handelt es sich angesichts des schmachlichen Terrorismus, den die Führer des Holzindustriellenverbandes gegenüber den Tischlermeistern ausüben, darum, was zu geschehen hat, um die stetig sich mehrende Zahl der Ausgesperrten kampffähig zu erhalten. Mögen wir die Aussperrung der Kollegen und die Art, wie es geschieht, für schändlich halten, mögen wir ob der unfauleren Mittel, die gegen Tausende ursprünglich am Streik Unbetheiligter angewendet werden, in gerechte Entrüstung gerathen, es ändert an der Thatfache nichts, daß der Kampf nun bis zum Aeußersten geführt werden muß. Um dies erfolgreich zu können, wird zunächst auf eine Verminderung der zu unterstützenden Kollegen Bedacht genommen werden müssen. Wir zweifeln nicht, daß die ledigen Kollegen, diese Nothwendigkeit einsehend, gern zum Wanderstabe greifen werden, um die Hoffnungen der Unternehmer mit zu Schanden machen zu helfen. Die Zureise nach Berlin und den am Streik betheiligten Vororten ist selbstverständlich zu meiden. Es ist ja freilich nicht zu fürchten bei der Aussperrungswuth der Unternehmer, daß sie Gelegenheit finden, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen, aber auf dem Kampfplatze haben neutrale Zuschauer nichts zu suchen.

Wichtiger ist die Anfertigung von Arbeiten für Berliner Unternehmer außerhalb des Kampfbereiches. Doch ist auch hier Vorsicht am Platze. In keinem Falle darf ein Sympathiestreif erklärt werden, bevor der Vorstand, welcher genau informiert ist über den Stand des Streiks, seine Zustimmung dazu giebt. Die Kollegen außerhalb Berlins wollen in solchen Fällen, selbst wo sie wissen, daß Berliner Arbeit angefertigt wird, nicht voreilig die Arbeit einstellen, sondern abwarten, welche einzuschlagenden Wege der Vorstand anordnet. Disziplin muß in diesem größten vom Holzarbeiterverbande je geführten Streik unter allen Umständen befolgt werden. Niemand darf eigenmächtig handeln, weil selbst das uneigennützigste, zu anderer Zeit vielleicht praktische Vorgehen hier in's Gegentheil umschlagen kann.

Vor allen Dingen, und das ist das wichtigste Moment in diesem Kampfe — muß Munition bereit gehalten werden. Wir wissen zwar, daß es vorläufig daran noch nicht fehlt und die Unternehmer noch eine Weile auf die Bankrotterklärung der Kasse warten können, aber besser ist besser. Wir appelliren daher an das seit Langem nicht in Anspruch genommene Solidaritätsgefühl unserer Mitglieder, „a dem vorliegenden Falle nun einmal nicht so karg zu sein. Es

handelt sich um einen großen Kampf, der große Mittel erfordert; um einen Kampf der entscheidend sein wird auch für die weiteren in Aussicht stehenden Lohnkämpfe. Das weiß auch das Berliner Unternehmertum und deshalb wird es Alles daran setzen, alle, selbst die schäblichsten Mittel in Anwendung zu bringen, um als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Daß die Kollegen Deutschlands das nicht wollen, d. h. Verzicht leisten auf eine Hebung ihrer Lebenslage, ist selbstverständlich; sie müßten es aber, wenn der Kampf zu Ungunsten der Berliner Kollegen enden sollte.

Kollegen allerorten! Ihr seid also vor die Alternative gestellt: Entweder biegen oder brechen! Sieg oder Niederlage! Da kann die Entscheidung, was zu thun ist, nicht schwer sein. Ihr werdet in den nächsten Tagen schon Gelegenheit haben, durch Bethätigung des Solidaritätsgefühls in finanzieller Beziehung zu bekunden, welchen Weg Ihr gehen und welchen Ausgang des Berliner Kampfes Ihr herbeigeführt wissen wollt! Zur Unterstützung des Streiks dürften, da zirka 7000 Kollegen in Frage kommen, wöchentlich aus der Verbandskasse M. 80 000 nöthig sein, darnach läßt sich abmessen, welche Opfer der Einzelne bringen muß; hoffen wir, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um den kämpfenden Berliner Kollegen den Beweis zu erbringen, daß das Wort Solidarität bei Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes kein leerer Wahn ist, daß sie die große Bedeutung des Kampfes für die Konkurrenzverhältnisse vieler Orte Deutschlands, aber auch die Gefahr für die Organisation der deutschen Holzarbeiter erkannt haben, und deshalb Alles thun, was in ihren Kräften steht, um den Berliner Kollegen den Sieg erringen zu helfen.

Ganz besonders weisen wir noch darauf hin, daß es nothwendig ist, die ganzen Kräfte auf einen Punkt zu konzentriren. Alle geplanten Lohnbewegungen müssen unbedingt so lange zurückgestellt werden, bis der Kampf in Berlin entschieden ist. Das mag in einzelnen Orten nicht angenehm sein, aber es geht nicht anders. Der Erfolg der noch in Aussicht stehenden Streiks wird davon abhängen, wie in den in Frage kommenden Orten die vom Vorstand gegebenen Weisungen befolgt oder unbeachtet gelassen werden.

Im Interesse des günstigen Ausganges in Berlin liegt es, daß dem koalirten Berliner Unternehmertum, das immer weitere Kreise zu umgarnen sucht, die mehr als 70 000 Mitglieder einig und geschlossen gegenüber stehen.

Keine Zersplitterung, sondern Konzentration der Kräfte und Bethätigung der Solidarität, das muß die Parole sein.

Darum, vorwärts Kollegen Berlins; in diesem Zeichen werdet Ihr siegen!

Die neue Unfallversicherungs-Novelle.

I.

Die dem Reichstage im November des Jahres 1896 unterbreitete Novelle zum obigen Gesetz blieb infolge des Sessionschlusses im Frühjahr 1898 unerledigt. Inzwischen ist eine neue Novelle zur Invaliditäts- und Altersversicherung Gesetz geworden, die mancherlei Veränderungen mit sich gebracht hat. Wer nun geglaubt hat, daß bei der Novelle zum Invaliditätsgesetz den oft gehegten Wünschen der am meisten Interessirten, der Arbeiter, Rechnung getragen werden würde, hat sich gründlich getäuscht. Von einer Anbahnung behufs Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze ist nichts zu spüren, und doch hätte bei der Novelle zum Invaliditätsgesetz damit der Anfang gemacht werden können. Auch die Novelle zur Unfallversicherung bietet

dafür keine Anhaltspunkte. Im Gegentheil, die Begründung spricht davon, daß, wenn auch eine Verschmelzung „im Grundsatz wünschenswerth“ sei, wäre es aber bisher nicht gelungen, „annehmbare Grundlagen dafür aufzufinden“.

Das ist eine gewaltige Selbsttäuschung. Zunächst müßte Erforderniß sein, daß alle Arbeiter dem Gesetze unterstellt, und nicht eine ganze Anzahl Berufsangehöriger, u. A. auch die Kleinhandwerker, ausgeschlossen würden; weiter sollte im Falle der völligen durch Unfall herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit eine Rente in Höhe des vollen bisherigen Arbeitsverdienstes gezahlt, die Karenzzeit von 13 auf 4 oder 5 Wochen herabgesetzt und den Arbeitern das weiteste Mitverwaltungs- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Schon diese wenigen Andeutungen beweisen, daß den „sachlich berechtigten Anforderungen der arbeitenden Klassen“ in keiner Weise Rechnung getragen ist. Dieser Anschauung entspricht auch eine Petition, welche der Berliner Arbeitervertreterverein an den Reichstag gesandt hat.

Zum besseren Verständnis bemerken wir, daß das Unfallversicherungsgesetz in sechs Abtheilungen zerfällt, oder richtiger: über einen Zweig der Arbeiterversicherung bestehen sechs voneinander unabhängige Gesetze, die nur theilweise ineinander greifen.

Zur die übergroße Mehrzahl der Arbeiter kommt das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz in Betracht, und wir wollen deshalb an der Hand der Petition und des Regierungsentwurfs auf einige der wichtigsten Fragen eingehen.

Schon der Entwurf des Jahres 1896 bestimmte, daß die Tischlerei in ihrem ganzen Umfange der Versicherungspflicht unterworfen sein solle, während dies nach dem bestehenden Gesetze nur auf die im Bau thätigen Tischler zutrifft.

Diese letzte Einschränkung ist eine Ungerechtigkeit gegen den Arbeiter, denn die Unfallgefahr hängt doch nicht davon ab, daß der Inhaber im Handelsregister eingetragen ist oder nicht, sondern von der Art der Beschäftigung.

Mit der Forderung der Produktionsform, die von Zeit zu Zeit Gewerbe verschwinden, neue entstehen läßt, wie sich auch die Art und der Umfang der versicherungspflichtigen Betriebe oder Gewerbe verschieben,

und aus diesem Grunde wäre es — um der steten gesetzlichen Flickarbeit ein Ende zu machen — richtiger, wenn alle Gewerbe ohne Ausnahme der Versicherungspflicht unterworfen würden.

Gewicht legt die Petition auch darauf, daß die Kirchhofsarbeiter in die Versicherung aufgenommen werden. Dagegen läßt sich nichts einwenden, denn Verletzungen kommen beim Aufwerfen der Gräber, durch Einsturz zc. jedenfalls mehr vor, als beim Instandhalten derselben, und doch sind die Gärtnereiarbeiter, welche dieser weniger gefährlichen Beschäftigung obliegen, versicherungspflichtig.

Zur Lohnbewegung der Mainzer Schreiner.

Nachdem wir in der vorletzten Nummer der „Holzarb.-Ztg.“ den Kollegen Deutschlands unsere Forderungen bekannt gaben, geben wir im Nachstehenden ein Bild der ferneren Entwicklung unserer Lohnbewegung.

Nachdem die Forderungen sämtlichen Meistern zugestellt worden, hat sich nunmehr der Möbelfabrikanten- und Meisterverband bereit erklärt, in Unterhandlungen mit uns einzutreten. Die erste fand am 4. März statt, aber sie führte zu keinem befriedigenden Resultat, indem die Hauptforderungen nicht bewilligt wurden.

Ueber die Verwerflichkeit der Affordarbeit brauchen wir keine Worte zu verlieren; aber die Anwendung des Affordsystems in den hiesigen Möbelfabriken bedarf einiger Beleuchtung. Bei dem hier vorherrschenden Affordsystem kann von einer Vereinbarung des Affordpreises zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht die Rede sein.

Der Minimallohn M. 24 für Maschinenarbeit wurde gleichfalls abgelehnt mit der Begründung, daß man Hausburden und Tagelöhner erst anlernen müsse. Wir glauben aber, daß bei einer einigermaßen annehmbaren Bezahlung sich genügend Schreiner und Maschinenarbeiter finden werden und es daher einer Anlernung von Tagelöhnern nicht bedarf.

Das Resultat der ersten Verhandlung soll einer öffentlichen Versammlung zur Begutachtung unterbreitet werden, und wird der Ausgang einer nochmaligen Zusammenkunft der Lohnkommission und Vertreter der Meister für den weiteren Verlauf der Lohnbewegung entscheidend sein.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahlstelle Kassel beschäftigte sich, gemeinsam mit der Zahlstelle Bielefeld, in der Mitgliederversammlung am 3. d. M. mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Nachdem in einer vorausgegangenen Versammlung Kollege Becker aus Hannover als Referent die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aufs Wärmste befürwortet, Kollege Brinmann, als Korreferent, sich gegen die Einführung aus vielfachen Gründen erklärte, gelangte die heutige Versammlung zu dem Resultat, nach eingehender Diskussion die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzulehnen.

Die Mitglieder in Kassel beschäftigten sich in mehreren Versammlungen mit der Arbeitslosenunterstützung und nahmen dann

mit vier Fünfteln aller Stimmen folgende Resolution an: „Die Zahlstelle Kassel erklärt sich, nachdem sie in zwei Versammlungen das Für und Wider erwoogen hat, gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus folgenden Gründen:

1. Weil sie durch die, noch nicht sicher zu berechnende, notwendige Erhöhung der Beiträge zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht das rechte Mittel zur Stärkung des Verbandes erblicken kann.

2. Das Ein- und Austreten der Masse in und aus dem Verbande wird auch nicht durch die materielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit beseitigt werden, weil selbiges auf die größeren und kleineren Lohnkämpfe zurückzuführen ist, wo durch den moralischen Druck der Verbandskollegen die Individuen zum Austritt bewogen werden, um den Streik zum Sieg zu führen.

3. Die Mitglieder sind der Ansicht, daß für Kollegen, welche durch ihre Thätigkeit für den Verband in ihrer Existenz geschädigt werden, mehr geschehen muß als bisher, und daß Hauptgewicht des Verbandes als Kampforganisation auf die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu richten ist.

Da in einer am 10. Februar in Karlsruhe stattgefundenen Mitgliederversammlung, in der die Arbeitslosenunterstützung auf der Tagesordnung stand, sich alle Redner gegen dieselbe aussprachen, entschloß sich die Ortsverwaltung, einen Referat zu hören. Der Gewerkschaftsrath hatte deshalb den Kollegen Thurner mit einem Referat beauftragt.

Von etwa 100 in einer Versammlung anwesenden Mitgliedern der Zahlstelle Frankfurt a. M. erklärten sich nur drei für die Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahlstelle Brixwalle hat mit 15 anwesenden Mitgliedern die Einführung einstimmig abgelehnt.

Im gleichen Sinne entschieden sich auch die Mitglieder der Zahlstelle Rawitsch; 13 von 15 Mitgliedern waren anwesend.

Die Mitglieder der Zahlstelle Springe sind gegen die Einführung. Von 11 Mitgliedern war nur eines dafür. Urabstimmung wird gewünscht.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Schwerin stimmten 3 Mitglieder für, 29 gegen Einführung. Urabstimmung sollte aber herbeigeführt werden.

Die Zahlstelle Pinneberg hat mit 13 gegen 1 Stimme die Einführung abgelehnt, nicht angenommen, wie es irrtümlich in Nr. 7 heißt.

Die Zahlstelle Landsberg a. d. W. lehnte nach einem Referat des Kollegen Leopold-Berlin die Einführung mit 38 gegen 4 Stimmen ab.

Mit 22 gegen 4 Stimmen hat auch die Zahlstelle Götting die Arbeitslosenunterstützung abgelehnt.

Eine Mitgliederversammlung in Deynhauseu entschied sich mit 16 gegen 2 Stimmen für Einführung und Urabstimmung.

Wenn den Verbandskollegen, welche Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind, meine Stellungnahme für dieselbe unangenehm ist und sie ihren Unmuth über mich auch öffentlich zum Ausdruck bringen, so kann Niemand, und ebenso ich selber nicht, ihnen dies verargen. Anders aber, wenn dieser und Jener sich in keinem Aerger so weit hinreißen läßt, mich persönlich grundlos zu beschuldigen und zu verächtigen.

„Woher hat denn eigentlich der Kollege aus Helmstedt wohl seine Information geschöpft, der auf dem Sonntag es so hübsch machte, als ob ich gegenwärtig gar keine andere Beschäftigung hätte, als für die Arbeitslosenunterstützung zu agitieren? Sagen Sie doch, bitte, demselben, daß ich seit Oktober resp. Anfang November v. J. infolge Herberkrankheit mich von jeder Agitation fern halten mußte, also gar keine Versammlung besuchen konnte, und daß ich vorher in einer einzigen Versammlung (in Lüneburg) auf besonderes Verlangen über diese Frage referirt habe. Vielleicht beruht ihm diese Auskunft.“

Mit dieser brieflichen Antwort sollte für mich die Sache erledigt sein. Nun kehren aber die Klagen über meine „Agitation“ in der letzten Nummer wieder, und zwar in einer Form, die ein längeres Stillschweigen nicht gestattet.

Und zwar ist mir in dem Kollegen Mielenz-Berlin ein neuer „Freund“ entstanden, der mich schon etwas derber anfaßt und mir vorwirft, daß ich mit meinem Eintreten für die Arbeitslosenunterstützung meine privaten Interessen vertritt, und ferner dem Kollegen von Helmstadt die Behauptung nachgeschrieben hat, daß ich über die Agitation für die Arbeitslosenunterstützung die allgemeinen Verbandsinteressen vernachlässige. Ich hätte mit meinen Artikeln etwas zurückhaltender sein sollen und „lieber auf die diesjährigen Bewegungen hinweisen“ sollen.

Fast möchte ich an einen Doppelgänger glauben! Seit Monaten plagt mich mein Gewissen, weil die hartnäckige Krankheit mich hindert, pflichtgemäß an der Agitation für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung teilzunehmen. Denn, liebe Kollegen, nach meinen Begriffen von Recht und Pflicht kann es für Den, der von der Nothwendigkeit irgend einer Reform überzeugt ist, gar nichts Anderes geben, als stets und immer seine Ansicht vorzutragen und für seine Meinung zu agitieren. Das halten wir doch alle so und deshalb werde ich mir aus der freien Betätigung meiner eigenen Meinung von Niemand einen Vorwurf machen lassen.

Ferner glaube ich bisher, gerade als Vorstandsmitglied verpflichtet zu sein, meine Meinung in dieser wichtigen Frage zu äußern, und habe es deshalb um so mehr bedauert, daß ich wegen meiner Krankheit die zahlreich an mich ergangenen Aufforderungen, über die Arbeitslosenunterstützung in Versammlungen zu sprechen, sämmtlich ablehnen mußte.

Wären also von meiner gefährlichen „Agitation“, außer dem einen Vortrag in Bismarck, nur noch meine „Artikel“ in der Zeitung. Ja, der arme Redakteur, er ist allerdings fast überschwemmt worden von der Unmasse der Einsendungen meines — Doppelgängers.

Denn meines Wissens habe ich selber bisher erst einen einzigen Aufsatz veröffentlicht, der sich mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung an sich befaßt. Das ist die kurze Replik in Nr. 4 d. Z., in ihrem Inhalt nichts Anderes als eine Abwehr, also auch nicht einer übertriebenen Lust zur Agitation entsprungen.

Außerdem habe ich in Nr. 2 d. Z., auf Veranlassung des Kollegen Weber, einen Irrthum in unserer Statistik, die Arbeitslosigkeit betreffend, richtig gestellt, und endlich sind im vorigen Jahre zwei Veröffentlichungen von mir erschienen, deren erste in Nr. 22 d. Z. die Zahlenergebnisse unserer Statistik über die Arbeitslosigkeit aus der Broschüre „Die Lage der deutschen Holzarbeiter“ den Kollegen im Voraus zur Kenntniß brachte, während die zweite in Nr. 45 d. Z. gleichfalls eine rein technische Abhandlung über die Kosten der Arbeitslosenunterstützung war. Mit diesen beiden Veröffentlichungen bezweckte ich nichts Anderes, als den Verbandskollegen für die damals beginnende Diskussion über die Frage verwendbares Zahlenmaterial zu liefern, weil stets geklagt worden ist, daß es an solchem fehle. Ich habe aber, damals noch mit Absicht, durchaus vermieiden, auf die Gründe für und wider die Arbeitslosenunterstützung überhaupt einzugehen.

Warum also in aller Welt dieser Groll, diese Sorge ob meiner „Agitation“, die noch gar nicht war und leider auch vor dem Verbandstage nicht mehr kommen wird?

Verstehen die Kollegen sich vielleicht einen Vortheil für ihre Sache von solchen persönlichen Kränkungen und Verdächtigungen? Warum überzieht z. B. Kollege Mielenz, daß ich in meiner Replik den Satz von dem „Verwachsen-Sein“ von meinem Gegner zitiert habe, der denselben zur Bekräftigung seiner Meinung gebraucht hatte?

Wenn der Kollege Mielenz trotz dieser Verwechslung noch glaubt, daß ich meiner privaten Interessen halber „so viel Stimmung“ für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mache“, wenn er diesen Vorwurf der Gefinnungsunberei a u f r e c h t erhält, so werde ich mich schweigend zurückziehen, da ich auf eine solche Beleidigung alsdann nicht mehr reagieren könnte.

Th. Leipart.

Die Redaktion äußerte in einer Bemerkung zu meiner Notiz in Nr. 8 den Wunsch, daß ich mich über die bei uns vorgenommene Beitragserhöhung etwas näher äußern möge. Das soll hiermit geschehen. Von vornherein muß ich betonen, daß ich bezüglich einer Beitragserhöhung kein Besjimmist bin, wie viele Kollegen, namentlich in kleineren Orten. Alle Gewerkschaftler können aus Erfahrung sprechen, daß eine Beitragserhöhung immer das Blut der Kollegen in Erregung brachte und sich auch stets eine große Gegnerschaft zeigte, bis die Vernunft siegte und auch sie sich der Nothwendigkeit einer solchen Erhöhung fügten. Was haben die Fachvereine mit ihren niedrigen Beiträgen früher geleistet? Was hatten dieselben trotz des niedrigen Beitrages für einen Mitgliederstand aufzuweisen. Daburch, daß die Zentralisation der Gewerkschaften sich immer mehr Bahn gebrochen hatte, stiegen damit auch die Anforderungen an die Solidarität der Holzarbeiter und als weitere Folge zeigte sich die Nothwendigkeit höherer Beiträge. Nehmen wir die Urabstimmung, die über die Beitragserhöhung von 15 auf 20 % von Seiten des Hauptvorstandes Anfang des Jahres 1897 stattgefunden hat, wo sich noch nicht einmal die Hälfte der Mitglieder an der Abstimmung beteiligten und sich dann doch der Theil, der sich nicht an der Abstimmung beteiligte, auch fügte, bis auf Die, die immer nach einem Grund suchen und eine solche Gelegenheit ihnen willkommenen Anlaß bietet, der Organisation den Rücken kehren zu können. Ähnlich verhielt es sich bei uns bei der im vorigen Jahre stattgefundenen Beitragserhöhung.

Wir haben es für eine Nothwendigkeit erachtet, in dieser Frage einen Schritt nach vorwärts zu machen und haben deshalb den Grundstock zu einem Lokalfonds gelegt, um Mittel zur Verfügung zu haben bei eventuellen Kämpfen und um insbesondere das Sammelstellenwesen befähigen zu können. Bei der Urabstimmung, die wir damals über diese Frage vornahmen, beteiligten sich auch nur etwas über die Hälfte der Mitglieder. Der andere Theil hingte sich eben bis auf circa 100 Kollegen, von denen ein Theil hauptsächlich deshalb dagegen war, weil die Erhöhung nicht im Gesamtverbande durchgeführt wurde. Doch dies bedroht uns durchaus nicht, mußten wir doch nur zu gut, daß sie Alle wieder zu uns kommen. Wir haben auch gar nicht verjäumt, jeden Einsenden brieflich zu einer Sitzung zu laden, wo sich wieder ein Theil befehren ließ. Nach und nach sind die noch Schmollenden unserer Einladung, dem Verbands wieder beizutreten, bis auf Wenige wieder nachgekommen. Wir

haben mit dieser Beitragserhöhung gute Erfahrungen gesammelt. Wie die Redaktion aus meiner Notiz ganz richtig herausliest, vertritt ich die Ansicht, daß eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenunterstützung von den Kollegen lieber getragen wird, als eine aus sonstigen zwingenden Gründen vorgenommene. Den Mitgliedern, besonders verheiratheten Kollegen, wird durch die Einführung der U.-A. ein Equivalent für ihre Beiträge geboten, und besonders zahlen die Frauen, die bekanntlich noch ein großer Kerntheil der Organisation sind, bedeutend lieber die Beiträge zum Verband, wenn sie wissen, die Familie erhält im Falle der Arbeitslosigkeit des Ernährers eine kleine Unterstützung, damit über die größte Nothlage hinweggeholfen wird. Da schon seit einem halben Jahre die Frage der Arbeitslosenunterstützung eingehend behandelt worden ist, fühle ich mich nicht veranlaßt, näher auf die weiteren Dafür- wie Dagegen Gründe einzugehen, sondern beschränke mich auf das hier Gelegte über eine nothwendig werdende Beitragserhöhung. Aber ich vertritt die Ansicht, daß selbst der größte Gegner dieser Unterstüzungseinrichtung zugeben muß, daß die Gründe dafür die Gegen Gründe bedeutend überwiegen. Der größte Anstoß, besonders bei kleinen Zahlstellen, ist ja die Erhöhung des Beitrages, und hier sage ich, daß die Arbeiter nur die unüthigen Ausgaben für Klim-Bim-Bereine sparen sollen und sie können ihrer Organisation mehr opfern. Die Annahme, daß der Verband an seinem Mitgliederstand verliere, ist, wie die Erfahrung von 1897 lehrte, nicht stichhaltig, denn trotz der Erhöhung des Beitrages ist die Mitgliederzahl fortwährend gestiegen.

Fürth.

Joh. Elter.

Rundschau.

Wo sind die Vertreter des Handwerks? Die Maler- und Lackirerinnung in Koblenz hatte sich an den Magistrat gewendet mit dem Ersuchen, bei Vergebung von Malerarbeiten doch thunlichst die obige Innung berücksichtigen zu wollen. Darauf ging dem Vorstände folgendes Schreiben zu:

Auf die Eingabe vom 31. Oktober v. J. erwidere ich, daß die städtische Baukommission die Beschwerde geprüft und die Uebertragung der Arbeiten im Stadttheater und in der alten Burg an den betr. Bauunternehmer aus dem Grunde gebilligt hat, weil die betreffenden Arbeiten, insbesondere die Restaurierungsarbeiten in der alten Burg, gerade durch den betr. Bauunternehmer und seine Angestellten, den Anforderungen an solche Restaurierungen entsprechend, am besten ausgeführt werden konnten, zumal auch der Bauunternehmer ursprünglich gelernter Maler ist etc.

gez.: Der Oberbürgermeister.

Darob erhob sich unter den Innungsmeistern ein großer Entrüstungsturm, der, wie wir zugeben wollen, durchaus berechtigt war. Die Antwort des Oberbürgermeisters, der doch sicher kein Sozialdemokrat ist, mag den Innungsmeistern beweisen, wo die Feinde des Handwerks sitzen. In der Regel sollen es ja die Sozialdemokraten sein.

Mit den höheren Löhnen der Arbeiter haben nun schon seit Jahren die koalirten Unternehmer die Erhöhung der Waarenpreise zu erklären versucht; wir haben wiederholt darauf verwiesen, wie wenig dies der Wahrheit entspricht. Und wo der Arbeiter wirklich einen höheren Lohn sich zu erringen wußte, da ging derselbe bei der Steigerung der Lebensmittelpreise darauf. Die Preise der Lebensmittel bewegen sich seit Jahren in aufsteigender Linie. Es kosteten:

Table with 7 columns: Gegenstand, Maßbezeichnung, 1895, 1896, 1897, 1898, Dft. 1899. Rows include Roggen, Weizen, Roggenmehl, Weizenmehl, Reis, Kartoffeln, Rindfleisch, Schweinefleisch, Gerlinge, Butter, Schmalz, Gerste, Hopfen, Zucker, Raffin., Rohtabak, Wolle, Baumwolle, Kattun, Ochsenhäute, Petroleum, Steinkohlen, Eisen.

Minister und Gewerkschaften. Zu einem Bankett, das die Vorstände der Gewerkschaften am 4. Februar veranstaltet hatten, waren nicht weniger wie drei Minister erschienen — doch nicht in Berlin, sondern im „wilden Frankreich“ in Paris ist das der Fall gewesen. Das Bankett fand in einer Pariser Vorstadt in Saint-Mandé statt und die anwesenden 128 Gewerkschaftsvorstände vertraten alle Zweige der Pariser Industrie. Unter den Gästen befand sich der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, Handelsminister Millerand, Marineminister Lanester, der Seinerpräfect, eine Anzahl Senatoren, Abgeordnete etc. Nach Bewillkommung seitens des Vorsitzenden nahm der Ministerpräsident das Wort, um von den Beziehungen des Staates zu den Gewerkschaften zu sprechen. Die Gewerkschaften haben sich ausgedehnt — führte er in seiner Rede aus —, und nicht nur bei den öffentlichen Bauten gezeigt, was sie vermögen, sondern auch bei Privatunternehmungen. Es ist daher billig, daß sie durch Geleß besser geschützt, und daß ihnen größere Rechte gesichert werden. Es kommt die Zeit, da das Kapital wird arbeiten müssen, und die Arbeit wird besorgen dürfen. Nachdem der rauschende Beifall, mit dem der Ministerpräsident überhäuft wurde, verhallt war, wandte sich der Handelsminister Millerand in einer kurzen Ansprache an die Versammlung. Er wachte, mit allen fürsorglichen Gehehen, welche der Arbeiterpartei zu einer menschenwürdigen Existenz behelfen wollen, mit dem besten Willen der Regierung sei es nicht gethan, wenn die Arbeiter

nicht von allen Vortheilen, die ihnen gewährt werden, den richtigen Gebrauch machen.

Die Worte des sozialdemokratischen Handelsministers Millerand sind nur zu wahr. Wie oft ist schon von uns gesagt worden und wird immer wieder gesagt, daß unsere Kollegen weit mehr vermöchten, wenn sie von den ihnen zustehenden Rechten — politischen und wirtschaftlichen — die bei uns in Deutschland allerdings nur wenig sind, den richtigen Gebrauch machen wollten. Mögen unsere Kollegen sich die Worte eines französischen Ministers zu Herzen nehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Nachstehend veröffentlichen wir diejenigen Anträge zum Verbandstage, welche noch nachträglich bei uns eingegangen sind. Weitere uns etwa noch zugehende Anträge werden jedoch unsererseits nicht mehr veröffentlicht, sondern, wenn rechtzeitig einlaufend, nur noch in die gedruckte Vorlage für den Verbandstag aufgenommen werden.

Unsere wiederholten Warnungen vor übereilten Arbeitseinstellungen haben bisher leider immer noch nicht den gewünschten und bringend nothwendigen Erfolg gehabt. Erst in den letzten Tagen sind wieder mehrere Fälle vorgekommen, daß Verbandsmitglieder ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes, ja, sogar ohne jegliche Rücksprache mit der Lokalverwaltung eigenmächtig in einen Streik eingetreten sind. Die Folge war, daß der Verbandsvorstand in diesen Fällen jede Unterstützung verweigern mußte. Die Verhältnisse zwingen uns, auch in Zukunft derartigen übereilten und eigenmächtigen Vorgehen einzelner Mitglieder gegenüber die gleiche ablehnende Stellung einzunehmen, weshalb wir unsere Warnung an alle Mitglieder hiermit nochmals wiederholen und sie auf die Konsequenzen eines derartigen Handelns aufmerksam machen.

Die gegenwärtige Hochfluth der Lohnbewegung macht es allen Verbandsmitgliedern und ebenso auch dem Verbandsvorstand zur Pflicht, die Bestimmungen des Streikreglements streng zu befolgen.

An die Zahlstellen-Verwaltungen richten wir das bringende Ersuchen, in den Mitgliederversammlungen wiederholt auf vorstehende Bekanntmachung zu verweisen.

Am 1. März sind an alle Zahlstellen-Verwaltungen die diesjährigen Sammellisten nebst einem Zirkular versandt worden. Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, oder die Zahl der Sammellisten nicht genügen, so bitten wir um sofortige Mittheilung.

Von den Mitgliedern erwarten wir, daß sie unter Würdigung des Ernstes der gegenwärtigen Situation von den Sammellisten regen Gebrauch machen und nach Kräften für die Stärkung unseres Streikfonds beitragen werden.

Die bereits angekündigten neuen Verbandsplakate sind bisher leider vom Drucker noch nicht geliefert, so daß mit dem Versand noch nicht begonnen werden konnte. Wir müssen die Zahlstellen, welche Plakate bestellt haben, deshalb bitten, sich noch einige Zeit zu gedulden.

Von der neuesten Statistikbroschüre: „Die Lage der deutschen Holzarbeiter“, haben wir noch eine größere Anzahl vorräthig, welche wir den Zahlstellen und Einzelmitgliedern zu Agitationszwecken gratis zur Verfügung stellen. Wir bitten, Bestellungen recht bald aufzugeben.

In nächster Woche kommt eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Agitationschrift in polnischer Sprache zum Versand. Wir richten deshalb an alle diejenigen Zahlstellen und Mitglieder, welche bei der Verbreitung dieser Schrift unter den polnisch sprechenden Kollegen behilflich sein können, das Ersuchen, halbtags die Zahl der benötigten Exemplare an uns mitzutheilen.

- Nachstehende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: 25 371 Karl Ulrich, Tischler, geb. 19. 3. 76 zu Gohnditz. 83 339 Joh. Reichel, Pinselmacher, geb. 23. 2. 67 zu Nürnberg. 83 803 Georg Semmberger, Schreiner, geb. 23. 12. 66 zu Friedberg. 99 157 Johann Lacher, Tischler, geb. 14. 1. 76 zu Unterheimbrieth. 105 867 Edmund Klöden, Maschinenarb., geb. 16. 4. 70 zu Croffen. 113 568 Edmund Jessen, Tischler, geb. 5. 11. 71 zu Winderab. 119 501 Hans Hochgefang, Schreiner, geb. 7. 8. 80 zu Bayreuth. 128 996 Ludwig Amsaß, Tischler, geb. 11. 1. 77 zu Semlow. 150 461 Rich. Diermann, Tischler, geb. 23. 3. 79 zu Braunschweig. 158 313 Bruno Christoff, Tischler, geb. 13. 3. 79 zu Ingramsdorf. 162 552 Alois Urban, Tischler, geb. 7. 12. 78 zu Böhmischbrod. 165 828 Joh. Schampner, Schreiner, geb. 28. 8. 39 zu Ansbach. 176 805 Paul Ziemer, Drechsler, geb. 23. 3. 78 zu Nürnberg. 177 242 Wilhelm Diekmann, Tischler, geb. 19. 1. 74 zu Rammstedt. 194 148 Franz Haber Schmidt, Schreiner, geb. 13. 11. 50 zu Mainz. 210 693 August Schlegel, Tischler, geb. 27. 6. 81 zu Wasserhauften. 215 384 Oskar Niedelshütz, Tischler, geb. 9. 12. 49 zu Trebnitz. 217 608 Otto Schmiejan, Tischler, geb. 8. 10. 80 zu Magdeburg. 221 056 Aug. Meier, Pinselmacher, geb. 16. 5. 76 zu Rahnshof.

21.543 Albert Kroschel, Schreiner, geb. 6. 8. 68 zu München. 226 716 Otto Bockholt, Tischler, geb. 28. 10. 81 zu Pöschim. 231 424 Herm. Siebermann, Drechsler, geb. 4. 2. 82 zu Belgern. Stuttgart, 3. März 1900.

Der Verbandsvorstand.

Anträge zum Statut.

§ 8. Dielefeld. Den Beitrag auf 25 M zu erhöhen. Münster. Den Beitrag für männliche Mitglieder auf 30 M, für weibliche Mitglieder auf 20 M festzusetzen. § 9. Gotha. Nach zehnjähriger Mitgliedschaft M. 75 Sterbegeld zu gewähren. § 10. Gotha. Den Höchstbetrag der Umzugsunterstützung auf M. 50 zu erhöhen. § 11. Helmstedt. Die Karenzzeit für Mitglieder, die erst aus- gelernt haben, herabzusetzen. Münster. Mitglieder, welche mindestens ein Jahr dem Verband angehören und ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, kann im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von M. 1,50 pro Arbeitstag bis zum Höchstbetrag von M. 40 pro Jahr gewährt werden. Krankheit ist der Arbeitslosigkeit gleich zu achten. Den gleichen Betrag darf auch die Reiseunterstützung erreichen, ohne jedoch die seitherige Tages- resp. Kilometerberechnung zu durchbrechen. Heidelberg. Verheirateten Mitgliedern ist, wenn sie ein Jahr dem Verbande angehören, im Erkrankungsfall eine Unterstützung von M. 3 pro Woche zu gewähren.

§ 12. Münster. Hinter „gewährt werden“ zu setzen: „... wenn denselben weder an der Zahlstelle noch in dem betr. Gau zu den eventuell vom Gauvorstand festzusetzenden Bedingungen Arbeit nachgewiesen werden kann.“

§ 14. Münster. In der dritten Zeile hinter „Anzeige“ zu setzen: „... an den nächsten Gauvorstand zu machen, welcher das Mitglied der nächsten Zahlstelle zuzuweisen hat.“

§ 23. Gotha. Im zweiten Absatz anstatt „Januar“ zu setzen: „Juli“.

§ 28. Bremen (Gautag). Falls der Verbandstag der Anstellung einer besoldeten Person bei den Gauvorständen keine Zustimmung erteilt, die Gane aus praktischen Gründen nicht zu vergrößern oder deren Zahl zu verringern; ferner vom Verbandsvorstand ein Gutachten zu fordern, inwieweit den Gauvorständen Verwaltungsarbeiten (z. B. das Fertigmachen und Kontrollieren der Abrechnungen für den Gau) zu übertragen wären, um den Verbandsvorstand zu entlasten.

Weinheim. Um zu ermöglichen, daß den kleinen Zahlstellen in Zukunft bei einer Lohnbewegung mehr Aufmerksamkeit als seither gewidmet werden kann, die Gauvorstände zu besolden.

§ 45. Oehlhäuser. Im dritten Absatz anstatt „4 Wochen“ zu setzen: „6 Wochen“, und anstatt „1500 Mitglieder“ zu setzen: „1000 Mitglieder“.

Oehlhäuser. Anstatt „3 Tage“ zu setzen: „1 Woche“.

Anträge zum Streifreglement.

Hamburg. Bei Streiks und Aussperrungen wird vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt. Lohnbewegungen, welche nicht über drei Tage dauern, werden nicht unterstützt.

Allgemeine Anträge.

Sarzelgen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen.

Münster. Der Verbandstag möge ein Reglement für die Delegiertenwahlen zu den Gautagen aufstellen.

Birma. Einführung eines Zentral-Arbeitsnachweises.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Im Laufe der letzten Woche ist an sämtliche Zahlstellen Agitationsmaterial nebst drei Zirkularen (ein Vortragsverzeichnis, ein Schema zur Beitrittsaufforderung, verwendbar bei der Hausagitation, und ein Informationszirkular) verandt worden. Wo die Sendung nicht eingetroffen ist, möge man beim Unterzeichneten reklamieren.

Die Bestellung eines Referenten möge so zügig erfolgen, daß die Möglichkeit, herabzusetzen zu werden, nicht ausgeschlossen ist. Es kam schon sehr häufig vor, daß von Zahlstellen ein paar Tage vor einer Versammlung noch ein Referent gewünscht wurde.

Wiederholt eruchen wir die Zahlstellen, daß Gelder und Aufschreiben, die den Verbandsvorstand angehen, nur unter dessen Adresse eingeleitet werden sollen.

Der Gauvorsteher. G. Kaub.

Korrespondenzen.

Kreuznach. Unsere Spezialarbeiten nimmt fortgesetzt das alte Interieur der hiesigen Kollegen in Anspruch. Im vorigen Herbst von einem Leipziger Komitium, welches die billigen Arbeitsbedingungen übertrug für sich ausnutzen wollte, ge- fordert wurden unendliche Arbeitsbedingungen eingeführt, die für Arbeiter Verhältnisse unvorstellbar noch als günstig betrachtet werden konnten. Die neunstündige Arbeitszeit war der Höhe- punkt, und es ist nach diesem Jahr weitergehenden Schritte- geschied worden. Anfangs ging die Gewichte auch ganz gut, aber als der Herbst kam, je weniger Stunden der Arbeiter, der, durchschnittlich für mehrere heuigen Fabri- kationsbetriebe, in voriger Zeit gearbeitet war, diesen- Lohn. Der früher in Arbeiterblättern der Rheinlande an- eine Stelle geriet, jetzt diese Aktion gar bald verschwinden- Jeder muß gegeben werden, daß die zum größeren Theile

organisierte Arbeiterschaft des Betriebes diesem Umstande nicht die genügende Würdigung zu Theil werden ließ. So sah denn nach kaum halbjährigem Bestehen der Fabrik dessen Vorgesetzter die Zeit für gekommen, um einen Vorschlag zu machen. Er forderte zunächst die Einführung einer zehnstündigen Arbeitszeit. Dies war aber zu groß; die Kollegen lehnten das Ansuchen ab. Nun versuchte der Unternehmer einen Mittelweg, der auch zum Ziele führte. Er brachte die 9 1/2 stündige Arbeitszeit in Vorschlag. Zwar wurde auch dieser Vorschlag abgelehnt, aber mit einer so geringen Majorität, daß der anwesende Gauvorsteher Pappe den Rath gab, unter diesen Umständen auf einen Widerstand zu verzichten. Nur mußte sich der Fabrikant zu einigen kleineren Konzessionen bequemen. Sonnabends eine Stunde früher Feierabend, Ausföhrung erstmaliger Arbeiten im Lohn, der dabei herbeigeföhrte Preis soll als Akkordpreis gelten, wurde zu- gestanden. Das Vorkommniß zeigt zur Evidenz, welch' ungeheure Aufklärungsarbeit noch zu thun übrig bleibt, um den Kollegen den Werth einer Arbeitszeitverkürzung verständlich zu machen. Im vorliegenden Falle wäre es überaus leicht gewesen, die Unternehmerzumuthungen zurück zu weisen. Alle begleitenden Umstände hätten im Falle eines ernstlichen Kampfes für einen Sieg der Arbeiter gesprochen, zudem war die weitgehendste Unterstützung des Verbandes zugesagt, und trotzdem ein Zurück- weichen der fraglichen Arbeiterschaft. Mögen die Urnkämpfer Kollegen aus diesem Vorkommniß die Lehre ziehen, der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn dies geschieht, dann ist der Zweck dieser Zeilen erreicht, dann dürfte der Unternehmer bei etwaigen späteren Vorkößen, die nach dem hohen erfolgreich durchgeföhrten in die größere Wahrscheinlichkeit gerückt sind, einen entschiedenen Widerstand finden.

Chrenfeld. Am 1. Oktober 1899 wurde hier eine Zahl- stelle gegründet. Dieselbe zählte am Schluß des vorigen Quartals 52 Mitglieder. Vor kurzem referirte hier nun in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung Herr Gilsbach, Verleger der „Mheinischen Zeitung“ aus Köln, aus dessen vor- trefflichem Referat hier Einiges wiedergegeben werden soll. Dem im nächsten Jahre schließenden 19. Jahrhundert brauche die organisierte Arbeiterschaft keine Throne nachzuweihen. Die be- stehende Klasse hat es an Unterdrückung und Bekämpfung der Arbeiterorganisationen in demselben nicht fehlen lassen. Trotz alledem wird die Arbeiterschaft als eine Macht in das neue Jahrhundert eintreten. Für die Arbeiter ist das 19. Jahrhundert das der Hoffnung gewesen, deren Verwirklichung die Aufgabe der proletarischen Generationen des kommenden Jahrhunderts sein wird. Menschen können erschlagen werden, aber nicht der Gedanke, daß die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse notwendig ist. Was die Arbeiter zusammenführt ist nicht der Geselligkeitstrieb, sondern der Selbsterhaltungstrieb, im Kampfe um's Dasein nicht unterzugehen. Der Staat habe zwar die Pflicht, für das Minimum des zum Leben Nothwendigen seiner Kinder zu sorgen, doch entziehe er sich dieser Pflicht. Bei ein- tretenden Geschäftskrisen werde vielfach von Ueberproduktion gesprochen, diese existirt aber thatsächlich nicht, sondern Unter- konjunktion. Kann das Volk seine Bedürfnisse befriedigen, ist Ueberproduktion unmöglich. Wenn man auf der einen Seite Millionen anhäuft, muß auf der anderen Seite Armuth herrschen. Anstatt dem Volke zu sagen, das Anhäufen von Millionen ist ein Unrecht an der Arbeiterschaft, predigt man ihm die Entehrungstheorie. Die Organisationen müssen am Plage sein, um beratige Zustände unmöglich zu machen, dies erlreibe auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband. Er könne den Beitritt zu demselben allen Berufskollegen auf's Wärmste empfehlen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Der Be- vollmächtigte der Zahlstelle Köln, Kollege Brinkmann, forderte die dem Verbands noch fern stehenden Kollegen auf, ihre Aufnahme zu bewerkstelligen. Es meldete sich auch ein Theil der anwesenden Kollegen zur Aufnahme. Die Mitglieder- zahl unserer Zahlstelle stieg in diesem Quartal auf 85. Nicht unangenehm aber macht sich das Ueberstumpfen einzelner Werke in unseren Sitzungen durch das unpünktliche Erscheinen der Mitglieder bemerkbar. Unsere regelmäßigen Sitzungen finden allwöchentlich Dienstags Abends bei Graaff im Vereinslokale, Benloerstr. 341, statt.

Freienwalde. In einer schwach besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach Kollege Stucke aus Berlin über: „Lohnbewegung und Streik“. Er führte aus, daß das brutale Vorgehen der Unternehmer geradezu standalös sei. Hier am Orte haben wir auch viele indifferente Kollegen, die zwar recht viel raisonniren und schimpfen, daß sie zu wenig für die Arbeit bekommen, aber mithelfen und etwas thun, um die Preise höher zu stellen und die Mithände in den einzelnen Werkstätten zu beseitigen, fällt ihnen garnicht ein, sondern sie arbeiten nach Feierabend und des Sonntags auch noch. Sogar der frühere Bevollmächtigte H. Müller der Zahlstelle Eberswalde, welcher hier am Orte arbeitet, macht auch aus einer Woche anderthalb, indem er bis Mitternacht hinein schlafet, und ist der dummen Meinung, weil der Meister das Journierausstücken nicht begahit, muß er denselben mit nach Hause nehmen und ihn womöglich Mitternacht ausstücken. Die Preise, welche hier für Kastenmöbel gezahlt werden, stehen zu denen in Berlin in gar keinem Ver- hältniß. Es giebt z. B. für vier eckte furnirte Kleiderchränke (Vertikos) in Berlin M. 66 und 68, dagegen hier M. 53 und 54; für 4 halbeckte furnirte Kleiderchränke (Vertikos) in Berlin M. 56, dagegen bei uns M. 45; dabei muß erwogen werden, daß die Lebensmittelpreise bei uns recht hohe sind. Trotzdem fühlen sich verschiedene Kollegen bei den niedrigen Akkordpreisen noch sehr wohl und arbeiten immer auf klauen Dunst hinein. Wir werden trotz der Gleichgültigkeit vieler der hiesigen Kollegen den Muth nicht verlieren und den Ausbau der Organisation weiter fördern helfen.

Serrford. Seit dem Jahre 1896, seit dem die zwölf- wöchentliche Lohnbewegung beendet war und nach derselben die Zahl der Mitglieder auf 45 herabgesunken war, hatten die Kollegen ein schweres Organisationsfeld zu bearbeiten. Es gelang jedoch, sie zu neuem Streben anzuspornen, und es zeigt sich jetzt, weil die hiesigen Verhältnisse auch nicht die rosigsten sind, ein neues Wachen unserer Zahlstelle. Im Jahre 1899 zählten wir 81 Mitglieder, wohingegen jetzt 137 zu verzeichnen sind. Diese Zahl ist allerdings noch sehr gering, wenn man bedenkt, daß hier in 23 Möbelfabriken fast 300 Arbeiter in Betracht kommen, und außerdem bestehen hier noch zwei Bürken- und eine Korbfabrik und mehrere Leine Betriebe. Die Arbeits- zeit beträgt hier aus zwei Betriebe (welche noch 10 1/2 Stunden arbeiten) 10 Stunden. Der Lohn, zum größten Theil Akkord- lohn, schwankt zwischen M. 17 und 21. Da stellenweise auf Spezialartikel die Ueitarbeit eingeföhrt ist, bringen es erfahrene

Arbeiter auf einen Lohn von M. 25. Lohnbewegungen waren in zwei Werkstätten zu verzeichnen, und über eine derselben wurde eine siebenwöchentliche Sperre verhängt, bei der anderen konnte die Verwaltung nicht einschreiten, weil dort indifferente be- schäftigt waren. Der Jahresbericht des Kassirers zeigte, daß an Streikunterstützung nach Dänemark M. 90, für Wister M. 10, für den Streikfonds M. 60 und an Mainmarken M. 24 aufgebracht worden sind. Auch diese Summe ist für die Gesamtheit viel zu gering, und ist daraus nur zu deutlich zu ersehen, wie viele Arbeiter der Organisation gleichgültig gegenüberstehen und den richtigen Werth derselben noch nicht erkannt haben, obwohl es an Agitation und Aufklärung nicht gefehlt hat, sondern leben gemütlich in den Tag hinein, halten es auch nicht für noth- wendig, Versammlungen irgend welcher Art zu besuchen. Eben- falls wird von den Kollegen die reichhaltige Bibliothek zu wenig benutzt. Der Arbeitsnachweis ist durch die geringe Inanspruch- nahme nicht auf die Höhe der Zeit gelangt. Die Kollegen ziehen es leider vor Anschau zu halten, anstatt sich an solche Aus- kunftsstellen zu wenden. Aus diesem Grunde mußte denn auch nothwendig eine Einschränkung erfolgen, da es sich um jährliche Mehrausgaben handeln würde. Ferner sind die Holzarbeiter im Gewerkschaftskartell mit drei und im Gewerbegericht mit vier Beisitzern vertreten. Aus Vorstehendem werden die Kollegen ersehen können, daß für die Organisation noch viel gethan werden muß, namentlich da das Unternehmertum sich immer mehr zusammenschließt. Holzarbeiter Herfords! Sorgt dafür, daß unsere Organisation immer weiter an Boden gewinnt und tretet Mann für Mann derselben bei, damit wir dem Unter- nehmertum stets kampfbereit gegenüberstehen.

Köln. Wie alle größeren Zahlstellen, so hat auch die hiesige im verfloffenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung ge- nommen. Die Mitgliederzahl ist von 280 auf 570 gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt. Das Vereinsleben ist dem- entsprechend ein regeres geworden. Die Versammlungen sind durchweg von 200-250 Personen besucht. Diesen Erfolg ver- danken wir neben der günstigen Konjunktur, den hier statt- gefundenen Lohnbewegungen, die auf vier Werkstätten zu ver- zeichnen waren, und alle zu Gunsten der beteiligten Kollegen verlaufen sind, aber auch nicht zuletzt der „Zuchthausvorlage“ und der Thätigkeit der Scharfmacher, deren Köln auch einige Größen aufzuweisen hat und denen wir hiernit dankend quittiren.

Kreuznach. Nach zwei Referaten, welche die Kollegen Schott und Weidner aus Frankfurt a. M. hier gehalten, gelang es am 17. Februar, mit 26 Mitgliedern eine Zahlstelle zu gründen. Zu wünschen wäre, daß die noch abtheil stehenden Kollegen sich uns anschließen, damit die zum Theil recht un- günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden könnten. Unsere Versammlungen finden ersten und dritten Samstag im Monat statt. Reiseunterstützung zahlt unser Kassirer Ludwig Arzt, Rheingraben 84. Unser Verkehrslokal ist Kreuz- straße 38, Wirthschaft „Zur Tonhalle“.

Landau (Pfalz). Trotzdem unsere Zahlstelle schon mehr als zwei Jahre besteht, war es doch nicht möglich, die Fern- stehenden zum Anschluß zu bewegen, im Gegentheil war die Mitgliederzahl von 35 auf 10 zusammengeschrunpft. Das ist weiter nicht verwunderlich, denn die Arbeitsverhältnisse sind hier solch traurige, daß hier in Arbeit getretene Kollegen recht bald wieder zum Wanderstabe greifen. Zudem stand uns auch kein Lokal zur Verfügung. Nächstes es einmal ein Wirth, so hatte er sicher am anderen Tage die Nachricht, daß über sein Lokal der Militärhohkott verhängt war. Endlich haben wir einen Wirth gefunden, der uns sein Lokal zur Verfügung stellt. Die Konzeption ist ihm zwar versagt, doch da er Straußwirth ist, (darf nur selbstgekelterten Wein ausgeben. Die Red.), geht es auch ohne dieselbe. Wir haben jetzt mit der Agitation die phlegmatischen Kollegen auszurütteln begonnen. Am 11. Februar sprach Kollege Köhner aus Ludwigshafen hier. Es ließen sich von den 50 Anwesenden 20 als Mitglieder aufnehmen und am 18. Februar weitere 11. Da aber über 100 Holzarbeiter hier beschäftigt sind, bleibt uns noch viel zu thun übrig. Hoffen wir das Beste. — Die zugereisten Mitglieder seien darauf auf- merksam gemacht, daß unser Kassirer Wilhelm Kölsch Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 8 Uhr Reiseunter- stützung ausbezahlt.

Leidnis. Wie es den Anschein hat, soll auch hier gegen die Verbandsmitglieder vorgegangen werden. So wurde dem Kollegen Zimmermann von dem Möbelfabrikanten Köhberg plötzlich gekündigt und zwei weiteren Verbandskollegen an- gekündigt, daß sie ebenfalls hinausfliegen. Kollege Z., der 6 1/2 Jahre bei A. arbeitete, soll sich dadurch unliebsam gemacht haben, daß er dem unverschämten Ansuchen des Herrn A., den Schmarotzer und Antreiber zu spielen, nicht nachgegeben ist; auch soll er, weil er mit den anderen Kollegen kollegialisch ver- kehrte, dieselben verhejen und gegen den Fabrikanten auf- wiegeln. Nach Ansicht des Herrn A. hätte Kollege Z. die jüngeren Kollegen tüchtig aufschauagen und, wenn sie nicht parirten, das heißt, wenn sie ihr Recht verlangten, ein paar hinter die Ohren geben sollen. Vielleicht findet Herr A. eine passende Persönlich- keit in dem auch-Kollegen der es ja schon fertig ge- bracht hat, einen Kollegen hinauszuweisen zu helfen. Bei dieser Gelegenheit ist es doch nothwendig, einmal dieses Eldorado von Arbeiterfreundschaft etwas näher zu beleuchten. Die Be- handlung in dieser Werkstätte ist geradezu unerhört; daß die Arbeiter auch Menschen sind, scheint Herr A. überhaupt nicht zu wissen. Am liebsten wäre es ihm jedenfalls, wenn die Prügelstrafe eingeföhrt würde, denn bei jeder Gelegenheit werden Schellen angeboten; es ist auch schon vorgekommen, daß welche ausgeheilt worden sind. Ausbrüche wie Schweinehund, saule Luder, Ochsen, Hummeluders usw. sind bei diesem Herrn an der Tagesordnung. Sehr unregelmäßig erfolgt auch die Lohn- zahlung; Freitag ist zwar Lohntag, jedoch wenn es Herrn A. nicht paßt, wird einfach nicht ausgezahlt; es ist schon vor- gekommen, daß es erst am Montag Geld gab. Am schlimmsten sind die Akkordarbeiter daran, denen giebt er einfach was er will; verlangen sie mal Abrechnung oder verdienen sie ein paar Pfennige mehr, als der Lohn ausmacht, so werden sie mit obengenannten Ausdrücken titulirt oder die Arbeit hat nichts ge- taugt. Daß in dieser Fabrik die Organisation eine ganz traurige ist, braucht nicht näher betont zu werden. Den auswärtigen Kollegen möchten wir aber rathen, sich nicht durch verspreche- rische Injereien hierher locken zu lassen. Ganz besonders hat es dieser Fabrikant auf die Tischler im Erzgebirge abgesehen; jeden- falls nimmt er an, daß er dort noch nicht so bekannt ist. Auch jetzt sucht er wieder Tischler in Chemnitzer Zeitungen. Also, Kollegen, besinnt Euch, ehe Ihr hierher kommt. Laßt diesen Herrn einmal mit seiner Fabrik allein, vielleicht lernt er dann, die Arbeiter menschlich zu behandeln.

Ludwigsburg. Am 18. Februar feierte die hiesige Zahlstelle ihr zweites Stiftungsfest. Dasselbe war seitens der Kollegen, sowie der organisierten Arbeiterschaft sehr gut besucht; besonders die Zahlstelle Vietzheim, welche unserer Einladung Folge leistete, war zahlreich vertreten. Der Bevollmächtigte begrüßte die Festteilnehmer und warf dabei einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und seitherige Entwicklung der Zahlstelle, welche im Jahre 1892 gegründet wurde. Anfangs machte die Zahlstelle erfreuliche Fortschritte, so daß im Jahre 1894 das erste Stiftungsfest gefeiert werden konnte, durch die fortwährende Lokalfrage aber leider allmählich wieder zurückging, so daß wir nicht in der Lage waren, ein solches Fest wieder zu feiern. Dank reger Agitation im letzten Jahre stieg die Mitgliederzahl von 8 auf 50. Einflußreich war der Stuttgarter Möbelarbeiterstreik dabei. Mit einem Appell an die Kollegen, so weiter zu agitieren, wie im vorigen Jahre, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben, schloß er seine Ausführungen. Die Festrede hielt Kollege Schirmann aus Stuttgart. Auch seine Ausführungen fanden den reichsten Beifall aller Anwesenden. Am 11. März wird Kollege Schirmann in unserem Lokal „Zum Schwan“ einen Vortrag über: „Weltanschauung und Weltuntergang“ halten. Unser gut zusammengefaßtes Programm, bestehend in Musik, Gesang, komischen Aufführungen und Deklamationen ernst und heiteren Sinnes, wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen, so daß erst in später Stunde die Festteilnehmer sich von einander trennten mit dem Bewußtsein, ein richtiges Arbeiterfest gefeiert zu haben. Den Kollegen aber rufen wir zu: Haltet fest an eurer Organisation, bringet jeden noch fern stehenden Kollegen in unsere Versammlung, nur dann ist es möglich, auch in Ludwigsburg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Potsdam. Nach den statistischen Erhebungen der Lohnkommission sind die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Tischler recht verbesserungsbedürftig. Kollege Matthes aus Berlin schilderte die Verhältnisse, unter denen dort in den Streik eingetreten sei, und ermahnte die Potsdamer Kollegen, so lange ihre Bewegung zurückhalten, bis der Streik in Berlin geregelt sei. Es möge in Potsdam die Zeit ausgenutzt werden, daß die Fernstehenden herangezogen und dann mit größerem Nachdruck auf den Forderungen bestanden werden könne. Bezüglich der Anfertigung Berliner Arbeiten in Potsdam hat Matthes, nicht übereilt zu handeln, sondern jedesmal genaue Untersuchung zu veranlassen. Bekanntgegeben wurde, daß am 24. März zum letzten Mal in Voigt's „Blumenfäden“ stattfindet, vom 31. März in Glaser's Restaurant. Am 17. März findet die nächste Mitgliederversammlung in Voigt's „Blumenfäden“ statt.

Tübingen. (Berichtigung.) In dem Bericht in Nr. 9 muß es nicht heißen: „Dem Kollegen Hertler wurden M. 10 in drei Raten usw., sondern: „M. 5 in zwei Raten abgezogen.“

Konferenz des 11. Gaues,

abgehalten zu Erfurt am 11. Februar 1900.

Von den 26 zum Gause gehörigen Zahlstellen sind 23 mit 32 Delegierten vertreten. Nach Erledigung einiger auf die Geschäftsordnung bezüglicher Angelegenheiten giebt der Vorsitzende des Gaues, Kollege Papp-Grurt, nochmals einen Überblick über die entfaltete Tätigkeit. Da der Bericht bereits in Nr. 4 dieser Zeitung abgedruckt, erübrigt sich, hier nochmals besonders darauf einzugehen; bemerkt möge nur werden, daß von den circa 4000 innerhalb des Gaues beschäftigten Holzarbeitern nur 1700 organisiert sind, die Verhältnisse aber in verschiedenen Orten sehr der Abhilfe bedürfen, und infolgedessen die Tätigkeit im Gause noch intensiver betrieben werden muß. Die auf der letzten Gaufkonferenz beschlossenen Fragebogen haben sich wohl als zweckdienlich erwiesen, nur muß bemängelt werden, daß nicht in jedem Falle die Zahlstellen immer die nötige Pünktlichkeit abwalten ließen.

In der sich anschließenden Diskussion, mit welcher auch gleich Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht der Delegierten“, verknüpft wird, ist man im großen Ganzen, mit Ausnahme einiger örtlicher Angelegenheiten, mit der Tätigkeit zufrieden. Bemängelt wird von verschiedenen Rednern die Agitationstour des Kollegen Umbreit-Leipzig, welche viel Nützlicheres hätte schaffen können, als Propaganda für die Arbeitslosenunterstützung zu machen. Die Prüfung der Gaufkassse, welche durch vom Gaufkassierer ernannte Revisoren stattgefunden, wird gelobt und durch eine hierzu eingesetzte Kommission nochmals vorgenommen.

Aus den Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß in dem wohl an Naturerscheinungen geeigneten Thüringen in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit recht viel zu wünschen übrig bleibt. In verschiedenen Gegenden gilt die Kartoffel als tägliches Nahrungsmittel. Infolge dieser äußersten Geringfügigkeit ist es aber schwer für die Organisation, festen Fuß zu fassen; beeinträchtigt wird dieses auch noch durch zum Teil vorhandene Gewerksvereine. Es wird jedoch von sämtlichen Vertretern ausgesprochen, den betretenen Weg nicht zu verlassen und den schlechtesten Orten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hierauf wird dem Gauborstand Decharge erteilt.

Der Vertreter von Börsdorf beantragt noch, die dortige Zahlstelle wegen der geographischen Lage dem 12. Gau zuzuteilen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung spricht Kollege Papp für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, er vertritt die Meinung, durch die Einführung wird der Mitgliederbestand ein stabiler. An der Hand der Stuttgarter Arbeitslosenstatistik glaubt er den Nachweis führen zu können, daß 10 % Beitrags-erhöhung genügt, dieselbe einzuführen, und diese aufzubringen könnte nicht schwer fallen, wenn in Betracht gezogen würde, daß oftmals Lohnerhöhungen von M. 1 und darüber durch die Maßnahmen des Verbandes erreicht waren.

Die Kollegen Traubetter und Klottig sprachen gegen die Einführung. Der Vortrag von 10 % dürfte wohl bald zu niedrig sein, um für die Dauer damit auszukommen; der Verband hätte augenblicklich noch weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Die Statistik weist nach, daß noch 12 000 Holzarbeiter eine 67stündige wöchentliche Arbeitszeit haben, welche hauptsächlich in den kleinen Orten zu verzeichnen sind. Eine höhere Streik- und Gewerkschaftenunterstützung müsse eingeführt werden, damit die Kollegen, welche für den Verband eintreten, einen besseren Rückhalt finden. Die Debatte über diesen Gegenstand beendete sich zwei Stunden aus und fand ihren Abschluß in folgender, von Eckardt-Weimar gestellter Resolution:

Der heute in Erfurt tagende Gaunag des ersten Gaues erachtet in der Einführung einer obligatorischen Arbeitslosen-

unterstützung nicht das gegebene Mittel, um die gedeihliche Fortentwicklung der Organisation zu heben. Dieselbe ist dieserhalb abzulehnen. Es muß vielmehr dahin gewirkt werden, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzusetzen, so daß die soziale und wirtschaftliche Lage der Kollegen mehr gehoben wird.

Diese Resolution wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Eine weitere Resolution für Einführung der fatalistischen Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt.

Zur Frage b, „Gauorganisation“, werden wesentliche Fragen nicht erörtert; man ist im Allgemeinen der Ansicht, daß diese Einrichtung im Verbandsverband immerhin noch neu sei und Erfahrungen, welche eine Veränderung bedingten, nicht bekannt, es beim Bisherigen zu belassen.

Zu Punkt 4, „Anträge“, werden angenommen (zum Statut): 1. Die Notfallsunterstützung soll getragen bei einjähriger Mitgliedschaft M. 25, zweieinhalbjähriger M. 50, fünfjähriger M. 75. 2. Vor jedem Verbandstage hat ein Gaustag stattzufinden.

Ferner wird beschlossen: Die nächste Gaufkonferenz findet in Erfurt wegen der geographisch günstigen Lage statt, kleineren Zahlstellen, welche durch die Verhältnisse nicht in der Lage sind, die Konferenz zu beschicken, soll ein Beitrag aus der Gaufkassse bewilligt werden.

Eine Regelung der Arbeitsnachweisfrage innerhalb des Gaues wird dem Gauborstand zur weiteren Bearbeitung zugewiesen.

Hierauf wird die Konferenz vom Vorsitzenden, nachdem derselbe nochmals kurz die Gesamtverhandlungen gestreift, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die gedeihliche Fortentwicklung der Organisation geschlossen.

H. Eckardt, Schriftführer.

Konferenz des 20. Gaues,

abgehalten am 25. Februar 1900 in Mainz.

Anwesend sind 44 Delegierte aus 27 Zahlstellen. Der Gauborstand ist durch vier Personen, der Hauptvorstand durch den Kollegen Leipart vertreten. Die Konferenz wurde Morgens 9 1/2 Uhr eröffnet und derselben folgende Tagesordnung zu Grunde gelegt: 1. Bericht des Gauborstandes. 2. Lohnbewegungen. 3. Arbeitslosenunterstützung. 4. Zwangssinnungen und Gesellensauschüsse. 5. Anträge und Verschiedenes.

Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. Ein gedruckter Tätigkeitsbericht nebst Abrechnung liegt vor und ist in Broschürenform bereits acht Tage vor der Konferenz den Zahlstellen des Gaues zugesandt worden. Aus demselben ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre zu 62 Versammlungen in den Zahlstellen Referenten entsandt wurden. Bei Streiks und sonstigen Streitfragen waren 14 Reisen erforderlich, während drei Revisionen vorgenommen wurden.

Von den 8487 in den Zahlstellen beschäftigten Holzarbeitern sind 3953 organisiert, gleich 46 pZt.; werden die, welche dem Glaserverbande angehören, von den Organisierten in Abzug gebracht, so ergibt sich im verflochtenen Jahre für den Holzarbeiterverband ein Mitgliederzuwachs von 1948, gleich 104 pZt. Neue Zahlstellen wurden 6 gegründet: Vierstadt, Dörnigheim, Oberstadt, Homburg v. d. S., Langendiebach und Oberaufstadt. Eingegangen sind die Zahlstellen Miesbach und Oberaufstadt.

Was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbetrifft, so sind diese im Gau noch die denkbar schlechtesten und sind, wie nachstehende Tabelle zeigt, Löhne von M. 13—17 nichts Seltenes, während die Arbeitszeit nur in 3 Zahlstellen unter 60 Stunden pro Woche beträgt.

Zahl der am Orte beschäftigten und der organisierten Holzarbeiter.

Namen der Zahlstellen	Insgesamt		Durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche	Durchschnittlicher Wochenverdienst	
	beschäft.	organ.		Alford	Lohn
Aischaffenburg	108	22	63	19,20	16,80
Bessungen	277	88	63	24,—	20,—
Bierstadt	41	38	60	—	21,—
Diebrich a. Rh.	107	42	60	18,—	22,80
Darmstadt	873	165	60	18,—	18,—
Dörnigheim	56	45	66	—	13,20
Friedberg	106	36	62	19,50	19,50
Fechenheim a. M.	45	22	60	—	21,—
Frankfurt a. M.	2027	1105	58	25,80	22,80
Gießen	168	47	63	16,50	15,—
Hanau	346	119	66	22,—	21,—
Höchst a. M.	552	222	60	22,50	20,—
Homburg v. d. S.	53	37	66	—	19,—
Kellheim i. T.	202	74	66	—	18,—
Langendiebach	206	122	60	17,—	15,—
Mainz	1068	606	60	19,80	19,80
Mühlheim a. M.	56	28	60	27,—	22,—
Neu-Steinburg	396	297	59	22,80	21,—
Neuwied a. Rh.	110	32	63	20,—	16,—
Offenbach	640	372	59	—	22,80
Oberaufstadt	49	34	60	21,—	19,20
Rumpenheim	82	35	60	21,50	18,—
Sprendlingen	48	36	60	21,—	—
Trier	283	12	66	21,—	16,80
Wiesbaden	501	306	60	—	22,80
Marburg	92	12	66	18,—	15,—

Auch Lohnbewegungen fanden vereinzelt statt, welche ganz oder theilweise erfolgreich waren. In drei Zahlstellen wurde nach 14tägigem Streik eine Lohnerhöhung von 15 pZt. erzielt mit 33 1/2 pZt. Aufschlag für Ueberstunden; in einer Zahlstelle gelang es den Kollegen, ohne Arbeitsniederlegung eine Verkürzung der Arbeitszeit mit 7 pZt. Lohnerhöhung und Abschaffung der Akfordarbeit zu erringen. Eine Zahlstelle verkürzte die Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag, eine konnte den Verzicht der Unternehmer auf Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis zurückweisen, während in 5 Zahlstellen in einzelnen Fabriken Differenzen ausbrachen, wo nach 3—14tägigem Ausstand die Arbeiter den Erfolg auf ihrer Seite hatten.

Trotz der regen Tätigkeit des Gauborstandes, wämen wohl die Ausgaben als sehr gering bezeichnet werden, wie nachfolgende Abrechnung zeigt.

Abrechnung für das Jahr 1899.

Einnahme.

Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 78,52
Beiträge aus der Hauptkassse	613,20
Freiwillige Beiträge aus den Zahlstellen (Darmstadt M. 8, Höchst 25, Kellheim 10, Mainz 30, Wiesbaden 16, Gießen 6, Offenbach 3)	98,—
Summa	M. 789,72

Ausgabe.

Diäten und Fahrgebelde an Referenten	M. 400,78
Diäten zc. für sonstige Reisen	101,40
Druckfachen und Inzerate	16,65
Büro und Schreibmaterial	37,86
Persönliche Verwaltungskosten	60,—
Sonstige Ausgaben	47,85
Gesamtausgabe	M. 663,84
Kassenbestand für das nächste Jahr	125,88
Summa	M. 789,72

Dadurch, daß der Bericht im Druck vorlag, erübrigte sich eine Berichterstattung auf der Konferenz, und nahm der Vorsitzende, Kollege Weidner, nur Veranlassung, in wenigen Worten den Bericht zu ergänzen, auf die öfteren Wünsche der Zahlstellen nach wissenschaftlichen Vorträgen hinweisend, und glaubt, so lange wir mit einer 10- und 11stündigen Arbeitszeit zu rechnen haben, kein Grund vorhanden sei, das Interesse der Mitglieder auf solche Gebiete zu lenken. Ein weiterer Erfolg sei wohl auch darin zu finden, daß die Zahlstelle Frankfurt einen besoldeten Beamten angestellt habe, der auch gleichzeitig die Geschäfte des Gaues besorgt und erwartet hat, daß der Gau einen Theil der Kosten mit beitragen möge.

Die Diskussion war eine rege und sachliche. Mit der Thätigkeit des Gauborstandes war man im Allgemeinen zufrieden, nur hätte man gewünscht, daß der Bericht etwas früher erschienen wäre, und gelangte ein dementsprechender Antrag Hüther-Hanau zur Annahme, den Bericht des Gauborstandes in Zukunft mit der Einladung zur Konferenz den Zahlstellen zu übermitteln. Betreffs der wissenschaftlichen Vorträge ist man allgemein der Ansicht, daß man sich in den Zahlstellen mehr mit dem Ausbau der Organisation, der Lebenshaltung der Arbeiter, der Beseitigung der Ueberstunden usw. beschäftigen möchte. Hüther-Hanau hält auch ab und zu einen wissenschaftlichen Vortrag in den ländlichen Orten für angebracht; aber derselbe möge von dem Gewerkschaftskartell arrangiert und somit sämtlichen Gewerkschaften zugänglich gemacht werden. Von der Frankfurter Arbeiterzeitung „Volksstimme“ würden die Gewerkschaften nicht berücksichtigt, im Gegentheil deren eingelebte Berichte meistens nur entfällt.

Eine Reihe Redner berichtet aus den einzelnen Orten über besondere Vorkommnisse, aus denen hervorgeht, daß der Wechsel in den kleinen Orten ein großes Hinderniß für die Entwicklung der Organisation sei. Auch dürfe nicht alle Arbeit auf den Gauborstand geschoben werden, sondern die Zahlstellen müßten selbst in der Umgegend die Agitation veranlassen, da dieselben doch besser in den Verhältnissen vertraut seien, als der Gauborstand. Besonders begrüßt wurde die Anstellung eines besoldeten Beamten in Frankfurt, welcher die Geschäfte des Gaues besorge; nur hätte man gewünscht, daß der Gauborstand mit Anträgen gekommen wäre, in welcher Höhe der Gau die Zahlstelle Frankfurt unterstützen müsse. Ein Antrag, welcher den Gauborstand beauftragt, betreffs der Kostenfrage sich mit der Zahlstelle Frankfurt zu einigen, wird zurückgezogen, da es Sache des Hauptvorstandes resp. des Verbandstages sei, über etwaige Zuschüsse zu dem Gehalt zu befinden. Zum Schluß gelangte noch folgender Antrag von Eisner, Flach- und Stange-Offenbach zur Annahme: „Die Mitglieder des Gauborstandes haben die Annahme von weiteren Beamten soweit wie möglich zu beschränken, damit sie mehr ihre Kräfte dem Interesse des Gaues widmen können.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Lohnbewegungen“, hat Kollege Leipart-Stuttgart das einleitende Referat. Redner kommt auf den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre zu sprechen, welcher eine große Bewegung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, welche wieder die Lohnbewegungen zur Folge hatte. Die durchschnittliche Lohnverhöhung bei den Holzarbeitern betrage M. 1,27 pro Woche, doch fließe dieser Betrag wieder in die Taschen der Wegger, Wäder, Hausbesitzer usw. Es müsse deshalb weiter gekämpft werden; da aber die Lohnkämpfe immer scharfer werden, so sei eine größere Vorsicht um so mehr notwendig; daß diese Vorsicht nicht immer gewahrt wird, hat dazu geführt, daß so viel Geld unnötig hinausgeworfen wurde, es mangle also noch sehr an der Schulung der Kollegen in den einzelnen Orten.

In der Diskussion folgen nun eine Reihe Erzählungen über örtliche und Verhältnisseverhältnisse, sowie auch Beschwerden, wo der Hauptvorstand die Unterstützung versagt habe. Klotzmann-Mainz nimmt an, daß der lokalorganisatorische Geist, welcher in einzelnen Zahlstellen noch vorherrschend sei und welcher sie glauben läßt, daß ihnen nur allein die Entscheidung vorbehalten bleiben kann, ob in eine Lohnbewegung eingetreten werden soll oder nicht, zu diesen Beschwerden mit Anlaß gebe. Mit dem Schlußwort Leipart's ist dieser Punkt erledigt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Arbeitslosenunterstützung“, beantragt Betters-Frankfurt, denselben von der Tagesordnung abzusetzen, da die Zeit eine gründliche Aussprache nicht mehr zulasse und die Entscheidung doch dem Verbandstage überlassen bliebe. Der Antrag wird mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen.

Unter Heiterkeit gelangt auch ein Antrag Hüther-Hanau zur Annahme, den vierten Punkt: „Zwangssinnungen und Gesellensauschüsse“ von der Tagesordnung zu setzen, da dies nur für wenige Orte von Interesse sei.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen führt Altwein-Höchst Beschwerde gegen den früheren Gauborstand Betters wegen Gewährung von Nachsicht an Nichtmitglieder und verliest einzelne Korrespondenzen in dieser Sache. Betters meint, die Sache sei ihm auch damals unrichtig berichtet worden.

Beide-Mainz bringt die Lohnbewegung der Mainzer zur Sprache und ermahnt um moralische Unterstützung, dasselbe geschieht von Wolf-Frankfurt in Bezug der dortigen Parteileger.

Hüther-Hanau ermahnt, die nächste Konferenz nach Hanau zu verlegen, Wurm-Darmstadt wädem für letzteren Ort. Mit Rücksicht auf das wechselläufige Vereinsgesetz wird beschlossen, die nächste Konferenz in Darmstadt abzuhalten.

Ein Antrag Wolf-Mainz gelangt zur Annahme, die Konferenzen künftig Mitte März abzuhalten. Ein Antrag Kormader

und Genossen, Frankfurt, Gesuche zum Eintritt in Lohnbewegungen erst dem Gauvorstande zu unterbreiten, wird, da dies schon durch die Mitteilung an die Gauvorstände geregelt ist, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag Spriestersbach-Viebrich, den Ortskassen im Rheingau mehr Agitation durch Vertreibung von Flugblättern durch die Zahlstellen Wiesbaden und Viebrich angedeihen zu lassen, wird dem Gauvorstande zur Verächtlichmachung überwiesen, ebenso ein Antrag Schott-Frankfurt, der die Zahlstellen verpflichtet, mindestens vierteljährlich einen eingehenden Situationsbericht an den Gauvorstand einzusenden.

Folgende Resolution gelangte zum Schluss noch zur einstimmigen Annahme: „Der Gauitag spricht den streifenden und ausgesperrten Kollegen in Berlin die warmste Sympathie aus, und verpflichtet sich die anwesenden Delegierten, in ihren Zahlstellen für mögliche Stärkung des Streikfonds des Verbandes thätig einzutreten.“

Der Vorsitzende Weidner-Frankfurt spricht der Zahlstelle Mainz den Dank aus für die Vorbereitungen, welche dazu beigetragen haben, den Delegierten den Aufenthalt angenehm zu machen und die Arbeiten zu erleichtern, ebenso dankt derselbe den Delegierten für die aufmerksame Mitarbeit und hofft, daß die Verhandlungen zum Nutzen des Verbandes beigetragen haben mögen. Schluß der Konferenz 8 1/2 Uhr.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Vom Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung geht uns unterm 27. Februar folgendes Schreiben zu:

An die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“, Hamburg.
In Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 25. d. M. ist die Mitteilung enthalten: „Die „Scharfmacher“ Münchens haben die Absicht, die Schreinergehülfen am 1. März auszusperren, wenn diese nicht auf Anerkennung des Zehnstundentages und Befreiung der Garantie des Tagelohnes eingehen.“ Auf Grund bei allen Korporationen der hiesigen Schreinermeister eingeholter Information sind wir demgegenüber in der Lage, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß in den Kreisen der hiesigen Schreinermeister aber auch Niemand daran denkt, an den derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen nach irgend einer Richtung zu rütteln. Wir ersuchen Sie, zum Zweck der Richtigstellung obiger Mitteilung von dieser Erklärung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Gebrauch zu machen und zugleich Ihr Verbot des Zugriffs nach München aufzuheben.

Hochachtungsvoll
Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung.
F. A. Habersbrunn r.

Die „Münchener Post“, der am gleichen Tage ein fast gleichlautendes Schreiben zugeht, bemerkt zu demselben: „Vielleicht ist Herr Habersbrunn so gütig, uns mitzuteilen, zu welchen Zwecken die Münchener Schreinermeister am letzten Freitag und Samstag versammelt waren, worüber so erregt debattiert wurde und wie die mehrfach gefassten und zur Abstimmung gebrachten Beschlüsse lauten.“

Auf die Erklärung des Arbeitgeberverbandes hin, geht der „Münchener Post“ am 1. März folgende Erklärung vom Gauvorstande des Holzarbeiterverbandes zu:
„Gegenüber der Erklärung des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung können wir versichern, daß die Absicht besteht, die Münchener Schreinergehülfen am 1. März auszusperren. Wenn nichts daraus wird, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß es den Machern „von's Ganzen“ heute geht wie dem Fuchs in der bekannten Fabel. Der größte Teil der Meister, hauptsächlich die Herren Klempner, welche die letzte Aussperrung noch nicht vergessen haben, wollen eben nicht mehr mitthun; eine Anzahl Meister sollen sogar erklärt haben, daß der Kampfstunden tag nach den Erfahrungen, die man mit der 9 1/2stündigen Arbeitszeit gemacht habe, nicht so gefährlich sei. Doch die Organisation der Holzarbeiter Münchens wird den geplanten Schlag zu parieren wissen.“

Holzarbeiter, Obacht! In der Rohrstuhlfabrik von Kadeder in München, Reichensbachstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Stuhlmachern ist fern zu halten.

Aus Marktbreit (Bayern) wird uns geschrieben, daß in der Möbelschreinerei A. Schumann Differenzen beständen und die auswärtigen Kollegen kein Arbeitsangebot annehmen möchten. Welcher Art die Differenzen sind, wird leider nicht mitgeteilt.

Ueber Werkmeister Romberg in der Möbelfabrik von H. Fickler in Hainberg wird seitens der Tischler lebhaft Klage geführt. So habe ein junger Kollege eine Kommode angefertigt, die vom zweiten Werkmeister für zu eng angenommen wurde. Das Urtheil des Romberg war ungünstig, worüber der Geselle C. mit Romberg in Streit geriet und von A. Kaufmann geschlichtet wurde. Bei dieser Arbeit hatte C. A. 10 die Woche verdient, das, so wird uns geschrieben, sei aber kein Wunder, da die jüngeren Kollegen immer lange auf die Reichthümer warten müssen, während sie den älteren gleich gemacht wird. Sonntagsarbeit ist nicht selten, ein Lohnmarke besteht nicht, und daher ist es nicht Seltenes, daß der Preis für die Arbeit erst nach ihrer Fertigstellung bestimmt wird.

Der Holzwaarenfabrikant Wohlglück und Bürgermeister von Neunkirchen a. Sand macht es sich zur Aufgabe, die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu gewinnen, die von ihm zu sein zu wünschen. Im vergangenen Jahre wurde der hiesige Holzarbeiterverband, Zimmermann, erlitten. Ein Antrag des Vorstandes wurde gemacht, und dabei erklärte Herr Wohlglück, daß er gegen den Verband nicht ist, er könne ihn doch nicht aufheben, sondern gegen die Person, und da Zimmermann erlitten, mit Wohlglück, der sich zu weihen, was die Sache möglich. In dieser Angelegenheit wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen, worauf Wohlglück betonte, daß die zehnstündige Arbeitszeit und eine den Holzarbeitern entsprechende Lohnaufwertung folgen zu lassen. Herr Wohlglück ist hierzu bereit, nachgekommen, als ergegenüber den Zimmermann nicht er doch nicht vornehmlich wolle, weil in Neunkirchen a. S. nicht viel billiger zu leben ist, als in der Stadt, und daß Zimmermann und Holzlagen nicht fehlen werden, daß Herr Wohlglück am besten: aber

der Pferdefuß kam nach. Am vergangenen Samstag erklärte Wohlglück einem Arbeiter mitten im Afford, er müßte auslegen; er sei daran schuld, daß bei den erhöhten Preisen das Geschäft schlecht ginge ufm. Dabei suchte der Herr Drechsler im Nachbarorte Wendelstein. Die Nürnberger Fabrikanten waren erfreut, daß auch dort durch kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne der Konkurrenz die Flügel etwas beschnitten wurden, doch, wie es scheint, hat sich W. anders besonnen.

Ein Gegner unserer Organisation und großer Sozialpolitiker ist der Schwager des Wohlglück, Lehrer in Neunkirchen, hinterm Viertisch bei vollem Maßkrug. Dort verfuhr er auch die Arbeiter der Organisation abwendig zu machen. Wir rathen dem Herrn, sich mehr um seine Schule zu kümmern, als um unsere Verhältnisse. Vielleicht verfuhr er einmal, mit dem Lohne eines Arbeiters einen Monat zu leben, wir sind überzeugt, seine Meinung würde sich ändern. Auf Vorhalt erklärte Herr Wohlglück: „Das Maul kann ich ihm nicht zubinden“. Den Arbeitern ist zu empfehlen, in ihren Kreisen zu verkehren und nicht um ein Lächeln der Herren zu geizen, dann werden auch bessere Verhältnisse eintreten. Zugang von Drechslern und Schreibern ist streng fern zu halten.

Die Holzarbeiter in Planenburg a. S. beschließen, ihren Arbeitgeber folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Zehnständige Arbeitszeit.
2. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister.
3. Zehn Prozent Lohnaufschlag.
4. Einen Mindestlohn von 25 $\frac{1}{2}$ pro Stunde für Kollegen, die ihre Lehrzeit seit zwei Jahren beendeten. (Eine solche Forderung sollte nicht gestellt werden, denn sie bedeutet eine Ungerechtigkeit und eine Vererbung vor der schlechten Pflückerfüllung des Lehrmeisters. Im ersten Falle wird wohl zugegeben werden müssen, daß viele Kollegen, die ein Jahr aus der Lehre sind, tüchtigere Arbeiter sind, als Manche, die schon seit längeren Jahren Geselle waren. Es kommt dabei doch viel auf Talent, Ausbildung und Konstitution an, und deshalb sollte der Maßstab der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, nicht aber der des Alters angelegt werden. Die Neb.).
5. Für ältere Arbeiter einen Stundenlohn von 30 $\frac{1}{2}$.
6. Für Ueberstundenarbeit bis 9 Uhr 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Aufschlag und für Nacht- und Sonntagsarbeit 10 $\frac{1}{2}$ mehr.
7. Abschaffung der Affordarbeit, wenn aber unmöglich, Garantierung des vereinbarten Lohnes.

Sämmtliche Punkte wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Eine Erklärung der Meister ist bis zum 15. März gewünscht worden. Die auswärtigen Kollegen werden dringlichst ersucht, Planenburg zu meiden. Bemerkte sei noch, daß in derselben Versammlung, in der diese Forderungen gestellt wurden, Kollege S a u p t = Halberstadt einen Vortrag hielt über: „Warum muß der Arbeiter sich sein Brot erkämpfen?“ der allgemeinen Beifall gefunden hat.

Die Holzarbeiter in Aperrade beabsichtigen, am 1. April in eine Lohnbewegung einzutreten, weshalb sie um Fernhaltung des Zugriffs ersuchen.

Die Lüneburger Tischler beabsichtigen in denjenigen Werkstätten, in welchen im vorigen Jahre ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, dieselben in diesem Frühjahr durchzuführen. Sie wenden sich daher an die auswärtigen Kollegen mit dem Ersuchen, Lüneburg vorläufig zu meiden.

Die Sperre über die Tischlerei Silgenfeld in Wittensberge ist aufgehoben. Herr S. hat seinen Gesellen zugestanden: 1. Vom 1. März ab wird die neunständige Arbeitszeit eingeführt. 2. Die dort beschäftigten Arbeiter erhalten 2-2 $\frac{1}{2}$ Lohnzulage. 3. Der Betrieb unterliegt nur der Leitung des Werkführers. 4. Die Maschinen arbeiten jetzt den ganzen Tag; die Bedienung derselben besorgen Maschinenarbeiter.

Wie die obige Thatsache zeigt, gelang es hier nur durch die Organisation, einen recht nennenswerthen Erfolg zu erzielen. Möchten das auch die hiesigen indifferenten Kollegen einsehen, dann würde, wenn sie die Konsequenz daraus zögen, auch in vielen anderen Werkstätten Besserung geschaffen werden können.

Die Polirer Rabenaus haben am 26. Februar ihren Arbeitgebern dieselben Forderungen, wie sie in Dresden gestellt wurden, unterbreitet. Bis zum 2. März ist die Antwort der Arbeitgeber erbeten worden. Zugang ist also fern zu halten.

Zur Stuhlpolirer-Bewegung in Dresden wird uns geschrieben: Nachdem am 24. Februar die Forderungen eingereicht waren, erklärten sich zwei Unternehmer zu Unterhandlungen bereit, zogen aber, nachdem am Dienstag Abend eine Fabrikantenversammlung stattgefunden hatte, ihr Anerbieten zurück. Es soll die Bewegung gleichzeitig benutzt werden, dem von den Unternehmern beidseitigen allgemeinen Preisauflage Nachdruck zu verschaffen. Bis zum 2. März waren keine Antworten eingelaufen; es mußte nun der Kampf unbedingt aufgenommen werden. Derzeit am 3. März legten 17 Kollegen, welche ohne Kündigung stehen, die Arbeit nieder, die Anderen folgen je nach acht- oder vierzehntägiger Kündigung. Die Einigkeit und Begeisterung der hiesigen Kollegen berechtigt zu den besten Hoffnungen auf einen vollen Sieg.

An den auswärtigen Kollegen wird es nun liegen, uns durch Fernhaltung jedes Zugriffs zu unterstützen und keine Arbeit für die Dresdener Unternehmer zu machen. Wenn jeder Kollege seine Pflicht thut, werden die Herren Unternehmer bald einsehen, daß die organisierten Kollegen eine Macht sind, mit der zu rechnen ist.

Die Zahlstelle Heidelberg beschloß am 4. März in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung nach einem Referat des Genossen Schelling über das Thema: „Die zehnstündige Arbeitszeit“, den Schreiner-, Wagner- und Drechslermeistern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit; 2. 33 $\frac{1}{2}$ Minimallohn; 3. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister; 4. für eben aus der Lehre entlassene Kollegen Lohn nach Uebereinkommen. Eine Lohnkommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, wurde gewählt, die weitere Schritte einleiten wird.

Die Schreiner in Speyer haben ihren Meistern am 1. März folgende Forderungen unterbreitet: Eine zehnprozentige Lohnerhöhung vom 1. April, Abschaffung der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, ev. 25 bzw. 50 pSt. Aufschlag. Rückantwort bis 15. März erbeten. Da fast sämmtliche Kollegen organisiert

sind, und schon vor zwei Jahren auf gutlichem Wege die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt wurde, so hoffen die Kollegen, daß angeichts der theuren Lebenshaltung die Arbeitgeber dem berechtigten Wunsche nicht widerstehen werden.

Die Parkettbodenleger von Frankfurt a. M. haben am 3. d. M. ihre Forderungen an die Unternehmer eingereicht. Die Preise, wie sie bis jetzt bezahlt wurden, differiren zwischen den einzelnen Unternehmern so, daß Unzuträglichkeiten im Arbeitsverhältnis nicht unaussprechlich waren. Die Parkettleger sind bereit, so sich eine Einigung nicht erzielen läßt, sämmtlich den Ort zu verlassen. Fernhaltung von Zugang dürfte geboten sein.

Die Parkettleger Leipzig stehen seit dem 27. Februar im Lohnkampf mit ihren Unternehmern. Sie haben folgende Forderungen gestellt: 1. 5 1/2stündige wöchentliche Arbeitszeit. 2. 80 $\frac{1}{2}$ Minimallohn pro Stunde. 3. 33 $\frac{1}{2}$ pSt. Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit. 4. 50 pSt. Zuschlag für Abrechnung nach Maßgabe des Lohnes; 5. Abrechnung nach Fertigstellung des Affords am nächsten Samstag. 4. Anerkennung des allgemeinen Tarifs der Parkettleger.

Diese Forderungen sind von einem Arbeitgeber, der zwölf Kollegen beschäftigt, bereits anerkannt. Bei den übrigen drei Firmen dauert der Streik unverändert fort. Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß wir von auswärtig noch keine Arbeitskräfte nach hier bekommen haben. Wenn die Kollegen allerorts auch fernerhin Leipzig meiden, so kann es höchstens nur noch einige Tage dauern und wir haben den Sieg auf unserer Seite.

Bemerkte sei, daß es sich bei drei von den vier in Frage kommenden Firmen um kleine Veränderungen im Tarif handelt. Hauptsächlich ist es die Firma Heym, welche sich auf einen strikten ablehnenden Standpunkt stellt. Die Situation ist eine sehr günstige, denn von den 37 Streikenden sind bis jetzt zu den neuen Bedingungen wieder 7 Mann untergebracht. Die drei Arbeitgeber stehen vollständig allein.

Die Parkettbodenleger Berlins haben in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, einen Preisaufschlag zu fordern, und zwar um 15 pSt. Sämmtlichen Firmen ist der geänderte Tarif zugestanden, damit sie sich bei Abschüssen mit den Bauunternehmern darnach richten können. Den streikenden Möbelschreibern Berlins wurden aus dem Privatfonds M. 100 bewilligt.

Der Streik der Korbmacher in Berlin dauert noch fort. Bis jetzt haben drei Arbeitgeber den vollen Tarif bewilligt und mit zweien ist eine Einigung erzielt worden. Im Auslande befinden sich noch 55 Kollegen, doch dürften auch diese bald unter den neuen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Bekannt gegeben wurde in einer am 26. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung, daß die Kollegen S a a d (früher in Stettin) und M e g d o r f in gesperrten Werkstätten Arbeit angenommen haben. In der Kirchsche'schen Werkstatt werden Arbeiten für Fehner angefertigt. Getadelt wurde das Verhalten der Kollegen in der Bambuswerkstatt Fehner. Sie arbeiten wiederholt Ueberstunden, obgleich Kollegen dort um Arbeit anfragen, aber nicht eingestellt werden. Zugang nach Berlin und Umgegend von Korbmachern auf Grnarbeit ist noch fern zu halten.

Die über die Firma Wiffhaad & Handtmann, Korbwaarenfabrik in Wiberach, verhängte Sperre ist aufgehoben; doch werden die Kollegen gut thun, keine allzu große Sehnsucht nach Wiberach zu bekommen, da die Verhältnisse ohnedies keine rofigen genannt werden können.

In der Aushacher Kinderwagenfabrik (Firma Louis Schueger & Co.) sind die Differenzen zur Zufriedenheit der Korbmachergehülfen beigelegt worden.

Die Wagnergehülfen Fürths haben an ihre Arbeitgeber folgende Forderungen gestellt, die sie bis zum 11. März bewilligt haben wollen: 1. Einführung des Zehnstundentages. 2. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. 3. Festsetzung eines Minimallohnes von M. 15 pro Woche. 4. Abschaffung der Ueberstunden. Zugang ist streng fern zu halten.

Die Differenzen beim Drechsler Bär in Fürth sind durch Unterhandlung zu Gunsten der Arbeiter beigelegt.

Bei der Firma Nolte & Wolkewitz, Bürstenfabrik in Quakenbrück, sind Differenzen ausgebrochen, Zugang daher fern zu halten. Die Arbeiter genannten Betriebes beklagen sich schon längere Zeit über schlechte Behandlung seitens des Mitinhabers Wolkewitz, ebenso über die Arbeitsvertheilung, welche die Arbeiter in ihrem Verdienste erheblich schädigten. Da vornehmlich den Firmeninhabern darüber Vorstellungen gemacht wurden, und von denselben immer Zusicherungen gemacht wurden, daß es in Kürze besser werden sollte, die Besserung aber niemals eintrat, haben die Kollegen am 24. Februar ihre Kündigung eingereicht. In Betracht kommen fünf Kollegen, von denen vier organisiert sind und von denen einer bereits bei einer anderen hiesigen Firma Arbeit erhalten hat, auch die anderen werden wahrscheinlich auch noch Unterkommen finden. Da die Arbeit drängt, wird W. seine Arbeiter später wohl besser behandeln.

Der Streik in der Pinselfabrik S. Rosenfeld jun. in Nürnberg dauert unverändert fort, und es ist Zugang von Bürstenmachern, Borstenzurichtern, Borsten- und Haarpinselmachern nach wie vor strengstens fern zu halten.

Lohnbewegung der schweizerischen Holzarbeiter. In Bruntrut und Interlaken fordern sie einen Minimallohn von 45 und 50 Cts. pro Stunde für Schreiner, 50 und 55 Cts. für Zimmerleute, sowie Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Affordarbeit, sowie Kost und Logis beim Meister. Die Zentralkommission des Schweiz. Holzarbeiterverbandes ersucht darum, daß Zugang nach diesen Orten fern gehalten werde.

Ueber die schweizerischen Korbfabriken Hoffmann, Belzer & Co. in Rotrist (Anton Argau), Ramsauer & Brandt in Wiedlisbach (Bern) ist die Sperre verhängt. Zugang ist fern zu halten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die österreichischen Württen- und Pinselmacher wollen, wenn möglich, Ostern eine Fachkonferenz abhalten, um über Mittel zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu beraten. Die Arbeits- und Wohnverhältnisse der Kollegen dieses Berufes sind namentlich in Böhmen und Mähren äußerst traurige. „Die armen Menschen“, so heißt es im „Holzarbeiter“, „begehren in solch kümmerlichen Verhältnissen, daß es der ganzen Rücksichtslosigkeit eines abgehärteten Ausbeuters bedarf, um dieses traurige Loos ansehen zu können. Die Leute verdienen dort, bei Mitwirkung der ganzen Familie, fl. 3-4 (M. 5-7) pro Woche. Sämtliche Unternehmer Oesterreichs beziehen die Waaren aus diesem Ausbeutungsgebiete, was dann die traurige Folge hat, daß so viele Kollegen anderwärts arbeitslos werden.“

Gewerkschaftliches.

Zum Redakteur des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Kollege **Paul Umbreit** in Leipzig gewählt worden. Die „Leipziger Volksztg.“ trümpft an diese Wahl die Bemerkung, „daß man in Leipziger Gewerkschaftskreisen diese Berufung des Genossen Umbreit schon längst vorausgesehen habe“. Wir möchten wissen, woraus dies gefolgert werden könnte.

Die Vermutungen, welche in Leipzig etwa gehegt sein sollten, treffen durchaus nicht zu; ihrer ist weder in der Generalkommission noch im Gewerkschaftsausschuß auch nur mit einem Worte Erwähnung gethan worden. Mag man sich in Leipzig also beruhigen. Genosse Umbreit ist gewählt worden, weil er nach der Ueberzeugung Derer, die für ihn eintraten und ihm ihre Stimme gaben, seiner Aufgabe vollauf gewachsen ist, und nur dies allein war bei der Wahl entscheidend.

Zum Sekretär für das Altonaer Arbeitersekretariat ist der Bildhauer **Philipp Müller** in Darmstadt gewählt worden.

Das Gewerkschaftshaus der Vereinigten Gewerkschaften in Feuerbach bei Stuttgart, gegründet im Jahre 1897, erfreut sich fortgesetzt guter Frequenz, trotz der im ersten Jahre vorgekommenen finanziellen Schwierigkeiten. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurde ein bedeutend größerer Umsatz gegenüber dem Vorjahre erzielt und damit der Beweis erbracht, daß die vorgenommene Vergrößerung des Anwesens durch ein Hinterhaus mit großem Saal nur von Vortheil für das Unternehmen war. Der Umsatz betrug rund M. 65 000. Durch die Schaffung dieses eigenen Heims, das zugleich die Zentralherberge der Vereinigten Gewerkschaften ist, erwarb sich die organisierte Arbeiterschaft Feuerbach ein großes Verdienst, wurde doch dadurch dem großen Mangel an geeigneten Versammlungslokalitäten ein Ende gemacht und durch Zentralisierung des Gewerkschaftslebens der hiesigen Arbeiterbewegung bedeutender Vor Schub geleistet. Außer den Restaurationslokalitäten sind noch drei Säle und ein Zimmer, sowie ein schöner schattiger Garten vorhanden. In dem Hinterhause befinden sich geräumige und gesunde Arbeiterwohnungen. Für die Zureitenden stehen eine Anzahl reinlicher Betten zur Verfügung, auch Anschluß an das Arbeitsamt Stuttgart ist vorhanden, um den stellenlosen Arbeitern die Benutzung desselben zu erleichtern. Obwohl das Unternehmen sich gut rentirt, so ist die Unterstützung desselben durch die Arbeiterschaft doch höchst nöthig, damit das Geschaffene auch erhalten bleibt und die Leitung in den Stand gesetzt wird, nach allen Seiten hin das Beste zu bieten.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist im Verband der Sattler und Tapezierer durch Urabstimmung mit 844 gegen 848 Stimmen beschloffen worden. Der Vorstand bemerkt dazu:

„Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wäre somit angenommen, doch wollen wir nicht verschweigen, daß wir auf eine größere Majorität gerechnet haben, und daß es uns sehr bedenklich erscheint, auf Grund dieser verschwindenden Majorität eine so tief einschneidende Umänderung vorzunehmen, wie es die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist.“

Der Verband zählt laut seiner Abrechnung vom vierten Quartal 1899 3116 Mitglieder. Demnach hat sich etwas mehr als die Hälfte an der Abstimmung betheiligt. Die Einnahme betrug, inklusive eines Kassenbestandes von M. 13 664,23, M. 18 846,85, die Ausgabe M. 2690,89; darnach für Streifz M. 585,20.

Ein Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes findet Ostern in Winterthur statt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Affordarbeit und Restlohn. Es ist ein wichtiges Urtheil, das von der Kammer IV des Gewerbegerichts in Berlin vor einigen Tagen in dieser Angelegenheit gefällt wurde. Vier Tischler klagten gegen die Firma **Ferdinand Bogtz & Co.** Die Kläger B. und F. verlangen je M. 45, der Kläger M. 33,30 und der Kläger T. M. 35 Restlohn. Sie hatten diese Ansprüche damit begründet, daß ihnen für eine bestimmte Arbeit, die sie zunächst in Afford übernommen hatten, ein Wochenlohn von M. 30 garantiert worden sei. Trotzdem hätten sie bis zu ihrer widerrechtlichen Entlassung am 5. Dezember jede Woche nur das Kostgeld von M. 24 erhalten. Außer den angegebenen Restbeträgen beanspruchten die Kläger B. und F. noch je M. 16,20 als Lohnentschädigung aus § 124 b der Gewerbeordnung. Im Laufe des Verfahrens — die Kammer hatte in mehreren Sitzungen mit der Sache zu thun — war vom Mitinhaber der klagenden Firma, Herrn **E. H. Klein**, die Wiederklage wegen Kontraktbruchs erhoben worden. **Ebbstein** verlangte von jedem Kläger M. 16,20 auf Grund des § 124 b der Gewerbeordnung und machte geltend, Herr Bogtz habe die Leute am 5. Dezember garnicht entlassen. Im Gegentheil, die Kläger seien ohne rechtlichen Grund aus der Fabrik hinausgegangen. Sie hätten deshalb auch keinen Anspruch auf jene oben genannten Restbeträge, denn trotz der Zusage seinerseits, sie sollten bei der fraglichen Apothekeneinrichtung mindestens wöchentlich M. 30 verdienen, sei die Arbeit **Afford** arbeit geblieben. Es sei den Klägern lediglich ein Mindestlohn verbrieft worden, M. 30 garantiert worden, h. h. die Firma wäre zu entsprechenden Nachzahlungen verpflichtet gewesen, wenn sich nach tadelloser Fertigstellung des Affords

ergeben hätte, daß bei einer Vertheilung des Affordpreises auf die einzelnen Wochen der wöchentliche Verdienst M. 30 nicht erreichte. Wegen der Arbeitsniederlegung könnte von Nachzahlungen nicht die Rede sein. Die Angaben des Herrn **Ebbstein** über die Lohngarantierung bestätigten seine Zeugen, während ein Zeuge der Kläger der Auffassung war, daß die M. 30 jeden Sonnabend ausgezahlt werden sollten. — Kollege **Robert Ahrens**, der zwei der Kläger vertrat, betonte nunmehr, daß die Forderungen der Leute auch dann begründet wären, wenn keine Entlassung vorläge. Sie wären in diesem Falle zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigt gewesen, weil sie Herr **Ferdinand Bogtz** grob beleidigt habe, als sie wegen der Auszahlung der M. 30 im Comptoir vorstellig wurden. Er habe sie „Dreck“ und „Bummeler“ genannt. Ein Zeuge, der Kläger **Tischler G.**, beschwor, dies gehört zu haben. Dagegen beschworen zwei Zeugen der Beklagten, nämlich ihr Fabrikdirektor und ein anderer Angestellter, sie hätten die Ausbrüche nicht gehört, obwohl sie ganz nahe bei Herrn **Bogtz** gestanden hätten und die Worte eigentlich hätten hören müssen. In dem folgenden Redebuell zwischen **Ahrens** und **Ebbstein**, die beide als Gewerkschaftsbeisitzer häufig zusammen Recht gesprochen haben, hob **Ahrens** hervor, daß die positive Bekundung des Zeugen **G.** mehr gelte, als die verneinenden Aussagen der anderen Zeugen.

Nach zweistündiger Verhandlung wurden die Beklagten verurtheilt, an die Kläger B. und F. je M. 45, an M. M. 33,50 und an T. M. 35 zu zahlen. Mit ihrem Entschädigungsanspruch aus § 124 b der Gewerbeordnung wurden sowohl die Beklagten als auch die Kläger abgewiesen. Der Vorsitzende, Dr. **Gerth**, führte begründend aus: Die Kammer habe das Hauptgewicht auf die Aussage des Zeugen **G.** gelegt, da dieser positiv bekundet habe, daß die Ausbrüche **Dreck** und **Bummeler** gegen die Kläger von **Bogtz** gebraucht worden seien. Zwei andere Zeugen hätten zwar ebenfalls eiblich ausgesagt, sie hätten die Worte nicht gehört, obgleich sie sie hätten hören müssen. Das sei doch aber immerhin nur ein subjektives Urtheil. Jedenfalls sei der Gebrauch jener Worte als erwieben anzunehmen. Da sie eine grobe Beleidigung der Kläger enthielten, hätten diese die Arbeit unfertig liegen lassen dürfen. Ferner stehe aber den Klägern auch der ihnen für den Fall tadelloser Fertigstellung des Affords garantierte Wochenverdienst von M. 30 zu, weil die Kläger durch die grobe Beleidigung an der Fertigstellung gehindert worden seien. Damit fälle die Wiederklage der Firma. Die Lohnentschädigung von M. 16,20 könne den Klägern B. und F. jedoch nicht zugesprochen werden, denn in der Klage hätten sie selbst erklärt, die Kündigung sei ausgeschlossen gewesen.

Technisches.

Wie werden Messerfourniere hergestellt? Während früher die Fourniere noch mit horizontal oder vertikal eingezogenen dünnen Sägen geschritten wurden, ist diese Methode durch die Fournierschälmaschinen verdrängt. Der Holzblock, welcher zu Fournieren bestimmt ist, wird vor seiner Verarbeitung gedämpft, und zwar in der Weise, daß er in einem geschlossenen und gegen Abfließen geschützten Holzfaß längere Zeit der Einwirkung von Wasserdämpfen ausgesetzt wird, und muß dann sofort, ehe er trocknet, verarbeitet werden. Fournierschälmaschinen giebt es nun zwei Systeme, und zwar 1. solche, bei welchen von einem rotirenden Holzylinder ober einem mit Holzstücken belegten Zylinder durch ein langsam radial vorschreitendes Messer das Blatt in Form einer Spirale abgelöst wird; 2. solche, bei welchen entweder ein festes Messer die Fourniere vom Block abtrennt, während derselbe, auf einem Schlitzen lagernd, unter dem Wasser hinweggeht oder umgekehrt, das Blatt vom festen Block durch ein über dasselbe hingehendes Messer geschnitten wird. Die letzte Maschine ist am meisten gebräuchlich; sie schneidet in der Minute 10 bis 15 Blatt, je nach der Länge, bis 3 m breit in einer Dicke von $\frac{1}{4}$ bis 2 mm.

Literarisches.

Süddeutscher Postillon. Wäre es nicht schon längst bekannt, daß der Postillon über eine hübsche Portion schlagenden Witzes und heiferer Satire verfügt, bei der neuesten Nummer hätte er es treffend bewiesen. Derselbe knüpft an die dreihundertste Wiederkehr von **Giordano Bruno's** Todestag an — den sie mit zwei sehr schönen Gedichten feiert — und benutzt diese Gelegenheit, um den Merkantilismus resp. die Auswüchse der römisch-katholischen Kirche unter ein nie fehlendes, satirisches Kreuzfeuer zu nehmen. Einzelne Beiträge hervorzuheben, wollen wir unterlassen; es wäre schwer zu sagen, ob das wundervoll charakteristische Titelbild mit der Beziehung zum österreichischen Kohlengräberstreik besser wäre, als die mit kausischem Witz behandelte Satire des Schlusfbildes auf das Gölitz. Ganz ebenso verhält es sich mit dem durchweg ganz vorzüglichen Text. Mit einem Wort: Die Nummer ist gelungen von der ersten bis zur letzten Zeile.

Briefkasten.

* Woher kann man am besten Striße und Sopha gestelle beziehen?
Glauchau, S. Das ist nur möglich mit einem Ritt, welcher der Farbe des Holzes angepaßt ist. Bei einer Nachdunkelung des Tannenholzes werden leider die ausgefitteten Stellen immer wieder sichtbar sein. Es soll deshalb fehlerfreies Holz zu naturpolirten tannenen Möbeln verwendet werden.
Köln, F. M. Wie Messerfournier hergestellt wird, finden Sie unter „Technisches“ beantwortet.
Freiburg i. Schl. Das Verhalten des Fabrikanten war gewiß ein unwürdiges, aber der Kollege hätte ruhig gehen und an anderer Stelle sein Recht suchen sollen. Zur Veröffentlichung können wir den Fall nicht bringen, weil wir Zweifel hegen, daß sich die Sache so abspielt hat.
Dalsheim. Wir glauben es kaum; um so weniger wird dem Folge gegeben werden, als auch Ihre Eltern drüben sind.
Duderstadt, O. S. Das ist leider kein vereinzelter Fall. Er zeigt nicht nur von einer großen Fügigkeit, sondern auch von einer ganz gemeinen Rohheit des fraglichen Unternehmers. Aber machen läßt sich dagegen nichts!

Grabow. Daß die Kollegen einer hiesigen Werkstätte sich mit einem solchen Dowdy und Lumpen von Werkführer herumärgern müssen, der sie knüpft und blutig schlägt, ist sehr bedauerlich, dürfte aber wohl zum Theil an den Gesellen selbst liegen. Würden die dortigen Kollegen organisiert sein, und es dort nicht so viele Hundeseelen unter ihnen geben, dürfte solchem Schmutz von Werkführer doch gründlich eingeeizt werden. Mögen die betreffenden Kollegen sich nur ihrer Arbeiter- und Menschenwürde bewußt werden und darnach ihr Verhalten dem ruppigen Säuberhannes gegenüber einrichten. Er wird dann die längste Zeit in der Werkstätte gewesen sein, weil ein anständiger Arbeitgeber einstellen wird, daß er von solcher erbärmlichen Kreatur keinen Vortheil haben kann.

Frankfurt a. d. O., F. Aber lieber Kollege, was sollen wir denn mit dem langen Bericht anfangen? Er enthält nichts weiter an Bemerkenswerthen, als daß **M. aus Charlottenburg** dort referirt und nicht eher für die Arbeitslosenunterstützung stimmen will, als bis die Kollegen mit Wichtigkeit 80 % und mehr pro Woche zahlen können. Daß **B.** die Arbeitslosenunterstützung für nebensächlich betrachtet, vielmehr Gewicht darauf legt, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ und der Vorstand nach einem Dreie verlegt werden, damit der Redakteur nicht so eigenmächtig handeln könne und dem Vorstand ein größerer Einfluß auf die Zeitung zustrebe, diese letztere Ansicht aber von der Versammlung zurückgewiesen wurde. Das Weitere können Sie mit Lückenwalde wohl schriftlich regeln.

Wiesbaden. Das Gesetz bestimmt, daß die Gesellenausschüsse das Recht haben, an allen Einrichtungen, welche die Gesellen betreffen, oder für welche diese Beiträge zahlen, oder eine Mithinaltung übernehmen, beratend und beschließend theilzunehmen. Wenn bis heute ein Gesellenausschuß noch nicht gewählt ist, so wird es sich um Aufgaben, bei welchen die Gesellen interessiert sind, noch nicht gehandelt haben. Bezüglich der Krankenkasse handelt es sich nicht um einen Vertreter im Ausschuß, wie Sie sagen, sondern das Gesetz schreibt vor, daß der Vorstand zu gleichen Theilen aus Innungsmitgliedern und Gesellen bestehen muß. Wir haben im Jahre 1898 eine ganze Artikelserie veröffentlicht über das Handwerkergesetz, lesen Sie dieselben noch einmal durch und Sie wissen dann, was am Orte zu thun ist. Im Uebrigen muß mit dem Datum des Intraftretens der Innung auch der Gesellenausschuß vorhanden sein. Führen Sie also Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (dem Magistrat). Beim Arbeitsnachweis kommt ein Ausschuß für diesen Zweig der Innungsthätigkeit nur dann in Frage, wenn, wie oben schon gesagt, die Gesellen Beiträge zahlen oder eine Mithinwirkung übernehmen. Weis es werden die Innungsmeister ablehnen, wie das anderswo auch schon geschehen ist, und die viel bejüngere Beihilgung der Gesellen an diesen „sozialen“ und den „Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördernden Einrichtungen“ der Innungen ist leere Phrase. Dasselbe ist der Fall in Bezug auf das Herbergswesen. Der Gesellenausschuß muß also vorhanden sein, und es ist ganz unverständlich, daß derselbe noch garnicht gewählt ist, da doch bereits mit dem 1. April die Handwerkskammern in Funktion treten sollen, deren Gesellenausschüsse von den Mitgliedern der Innungsgesellenausschüsse gewählt werden müssen. Also, sofort Beschwerde erheben.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)

Vom 17. Februar bis 3. März sind folgende Beträge eingegangen: **Reudnitz M. 150, Neierhitzig 100, Gaarden 100, Schwalbach 100, Kappel 100, Bielefeld 100, Obergreislaw 100, Gr.-Dobritz 100, Schöneberg 100, Ohlau 100, Nechberghausen 70, Niederwülststadt 70, Weiskensfeld 60, Alsbach 50, Apolda 50, Blankenburg a. S. 50, Schwab. Hall 40. Summa M. 1440.**

Vom 17. Februar bis 3. März erhielten Zuschnüsse: **Berlin G M. 1800, Berlin F 1600, Offenbach 1000, Berlin E 880,75, Berlin D 800, Berlin C 600, Weißensee 650, Mannheim 600, Jülich 500, Lichtenberg 500, Mundenheim 500, Raff 400, Köln I 400, Warmen 400, Berlin A 400, Bremen 400, Altenburg 400, Essen 400, Lahr 400, Augsburg 300, Dietesheim 300, Fadenburg 300, Köln II 300, Mainz 300, Nedarau 300, Neuf 300, Nippes 300, Schwartau 300, Gitorf 250, Hamburg V 250, Rudolstadt 250, Kappel 200, Koblenz 200, Dautorn 200, Durlach 200, Böttingen 200, Böhlig 200, Dickendorf 200, Düsseldorf 200, Ebingen 200, Freiburg i. B. 200, Gaisburg 200, Geinrichsruh 200, Gemlingen 200, Kappel 200, Schenbach 200, Kronach 200, Hagen 200, Mülheim a. Rh. 200, Mariendorf 200, Mölln 200, Oberad 200, Biechen 200, Pfungstadt 200, Regensburg 200, Reindendorf 200, Schwerin 200, Ulm 200, Wolfmarsdorf 200, Wandsbek 200, Koffheim 150, Speyer 150, Rod 150, Neue Neustadt 150, Mäcker 150, Bürrig 150, Bruchal 150, Finthen 150, Seddenheim 150, Schteubitz 150, Bunzlan 150, Quisburg 150, Neu-Ulm 150, Heidingfeld 150, Seddesheim 150, Memmingen 150, Starnberg 150, Goußenheim 150, Gladbach 150, Spandau 150, Streglich 150, Mchaffenburg 150, Rankow 150, Wachenbuchen 150, Friedberg 120, Wamberg 100, Geseje 100, Knielingen 100, Strehlen 100, Birna 100, Billingen 100, Müdigheim 100, Romawes 100, Schönefeld 100, Sülz 100, Wismar 100, Harleshausen 100, Ostermeddingen 100, Cronberg 100, Rachen 100, Neustrelig 100, Gerbede 100, Nombach 100, Rödelheim 100, Saffenheim 100, Wunstorf 100, Bubenheim 100, Saalfeld 100, Strießen 100, Al.-Krogenburg 88, Dörrberg 80, Bensheim 80, Burgdorf 75, Kregisdau 75, Ziegelhausen 75, Oberkirch 60, Liegenhof 60, Bruchdorf 60, Elgershausen 50, Fellbach 50, Krißel 50, Weizen 45,50. Summa M. 28 927,25.**

Krankensunterstützung für Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse bezahlt M. 2262,88.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)

Im Februar sandten Ueberträge ein: **Hamburg II M. 100. Zuschuß erhielten: Berlin B M. 200, Berlin D 200, Offenbach 200, Magdeburg 100.**

Zul. Maßmann, Dir. 94 g. I.

